

PERSPEKTIVE FREIHEIT

Beitrag des Dritten Lagers und der FPÖ
zur Geschichte Österreichs

2. Auflage

FREIHEITLICHES BILDUNGSWERK

POLITISCHE AKADEMIE DER FREIHEITLICHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Verleger, Herausgeber und Hersteller:
Freiheitliches Bildungswerk
Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Mölzer
1010 Wien, Kärntnerstraße 28
Verlags- und Herstellungsort 1010 Wien
Druck: ALWA Ges.m.b.H., 1140 Wien, Flachgasse 5
Wien 1992

INHALT

Die Anfänge	5
Das nationalliberale Lager in der Monarchie	11
Das nationalliberale Lager in der Ersten Republik	15
In der Zweiten Republik: Der Verband der Unabhängigen	21
Die Freiheitliche Partei	29
Der Weg zur Mittelpartei	41

BILDNACHWEIS

Seite 5	Privatbesitz Fam. Kernmeier
Seite 6	Archiv FBW
Seite 7	Bildarchiv der Österr. Nationalbibliothek
Seite 8	Bildarchiv der Österr. Nationalbibliothek
Seite 9	Bildarchiv der Österr. Nationalbibliothek
Seite 10	Archiv FBW
Seite 12	Bildarchiv der Österr. Nationalbibliothek
Seite 13	Bildarchiv der Österr. Nationalbibliothek
Seite 15	Bildarchiv der Österr. Nationalbibliothek
Seite 17	Beide: Bildarchiv der Österr. Nationalbibliothek
Seite 20	Foto Archiv NFZ
Seite 22	Bild Kraus – Albert Hilscher Bild Reimann – Archiv FBW
Seite 23	Foto Andreas Lange
Seite 24	Foto Andreas Lange
Seite 26	Foto Richard Wachert
Seite 27	Foto Leopold Ziegler
Seite 29	Foto Archiv NFZ
Seite 30	Foto Leopold Ziegler
Seite 31	Bild Reinhaller/Stendebach – Studio Proksch, Linz Bild Peter – Foto Archiv NFZ
Seite 32	Foto Leopold Ziegler
Seite 33	Alle: Wiener Presse-Bilddienst Votava
Seite 34	Beide Fotos – Fritz Kern
Seite 35	Foto Archiv NFZ
Seite 36	Beide Fotos – Bernhard J. Holzner
Seite 37	Foto Archiv FBW
Seite 39	Foto Archiv FBW
Seite 40	KN-Fotoarchiv
Seite 41	Foto Archiv NFZ
Seite 42	Beide Fotos – Archiv NFZ
Seite 43	Foto Archiv NFZ
Seite 44	KN-Fotoarchiv
Seite 45	KN-Fotoarchiv
Seite 46	Foto Archiv NFZ KN-Fotoarchiv
Seite 47	Foto Archiv NFZ
Seite 50	Foto Archiv NFZ
Seite 51	Foto Archiv NFZ
Seite 52	Archiv FBW

Die teilweise schlechte Qualität der Illustrationen ist darauf zurückzuführen, daß größtenteils historische Unterlagen zur Reproduktion verwendet wurden.

DIE ANFÄNGE

„Freiheit gilt uns als höchster Wert“ heißt es im Programm der FPÖ. Diese Freiheit – der Menschen und der Völker – war über einen Großteil der Geschichte nicht gegeben.

Der Himmel erlaube dem arbeitsamen Volk,
Es segne seine Satten,
Bewahre es vor Krieg und Ruhm,
Vor Helden und Heldenthaten!

Die Wälder, welche Zerstörung
tief und Boden der menschenleeren
Gesellschaft schlugen, teilen durch
die friedlichen Bestrebungen der
Landwirtschaft und Industrie

Arbeit ist des Bürgers Zierde
Segen ist der Muhe Preis

GEDENK-BLATT

an die

Befreiung des österreichischen Bauernstandes.

Was die rote Gewissheit des Mittelalters bei den Bauernkriegen nicht zu Stande gebracht hatte, das ist der Macht der
Bildung und Aufklärung, welche die Anerkennung der Menschlichkeit und den Frieden im Laute des vorigen und des
gegenwärtigen Jahrhunderts gelangen: dem Bauernstande die ihm gebührende Stellung im Staate einzuräumen.
Hochbetragene Volksfreunde haben im friedlichen Wege die Befreiung des Bauern aus der Leibeigenschaft und
den Unzuhauseverhältnisse vollständig und gründlich durchgeführt. Was schon unter Maria Theresia angebahnt
wurde, hat ihr edelmütiger Sohn, der Bauernkaiser, Josef II. zur großen That werden lassen, und sein Patent
vom 7. September 1781, mit welchem er dem Bauer die Unfreiheit abnahm, sowie das Gesetz
vom 1. November 1781, mit welchem er die Leibeigenschaft in Österreich aufhob, sichern ihm ein unver-
gängliches Andenken im österreichischen Bauernstande für immerwährende Zeiten.
Die vollständige Befreiung von Hürken und Knechtschaft zu erringen, war erst der möglichen That
eines Mannes vorbehalten, der den schweren Druck der alten Hohenrechte noch im Väterhaus
erfuhrt. Der Bauernkaiser Hans Kudlich, der als 21 Jahre alter Bauer am
26. Juli 1848 im Reichstage zu Wien den bedeutungsvollen Antrag: „Von nun an ist das Inter-
esseverhältnis selbst allen daraus entspringenden Rechten und Pflichten aufgehoben, vor-
behaltlich der Bestimmungen als und wie eine Entkündigung zu lesen sei“ – und damit den
glänzenden Erfolg, dass durch das Gesetz vom 7. September 1848 das Unfreiheitver-
hältnis, Zensur und Robot für alle Zeiten aufgehoben wurden.
Den Schlussstein der Befreiung des Bauernstandes aber legten die Staatsgrundgesetze
vom 21. Dezember 1847, welche die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze
gewährten.
Das sind die Tage der Befreiung des Bauernstandes, sie leben fortan in freudiger
und dankbarer Erinnerung, und sollen wahre Bauernfesttage bleiben.

Im Verlag des Glanthalers Demokraten Vereines

Der Josefismus gehört zu den Freiheitlichen Traditionen

Kaiser Josef der II
Hans Kudlich

Die feudale, ständische Gesellschaft, die bis ins achtzehnte Jahrhundert in Europa be-
stimmend blieb, kannte die Vorstellung der individuellen Freiheit ebenso wenig wie das
Selbstbestimmungsrecht der Völker. Der Mensch war in seinen Stand hineingeboren

und hatte der gottgewollten Obrigkeit zu dienen; die Masse der leibeigenen Bauern dem privilegierten Adel; dieser dem absoluten Herrscher, der sich nur Gott verantwortlich fühlte. Länder wurden zwischen verschiedenen Dynastien hin- und hergeschoben, ohne Rücksicht auf ihre ethnische Zusammensetzung oder den Willen der Bewohner.

Josefinismus

Die freiheitliche, nationalliberale Bewegung im deutschen Mitteleuropa, geht auf den Kampf gegen diese ständischen Schranken zurück. Im Kampf gegen die Privilegien des Adels fand das aufstrebende Bürgertum dabei eine Zeitlang sogar einen Verbündeten in der Monarchie. Im „aufgeklärten Absolutismus“, in Preußen unter Friedrich dem Großen, in Österreich unter Joseph II., wurde der Monarch zum Träger von Reformen – um die Wirtschaft seines Landes zu fördern, aber auch um den Adel völlig in seine Abhängigkeit zu bringen. Eine Reihe liberaler Vorstellungen wurde damals von der kaiserlichen Bürokratie durchgesetzt. So gewährte das Toleranzpatent von 1781 erstmals Religionsfreiheit in Österreich. Auch das „Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch“ (ABGB) von 1811 trug den Grundsätzen der individuellen Vertragsfreiheit bereits ziemlich weitgehend Rechnung. Die Tradition der „josephinischen Beamten“, die in Österreich lange weiterwirkte, geht darauf zurück. Erzherzog Johann, ein Neffe Josephs II., versuchte diesen Strömungen auch weiterhin im Kaiserhaus Geltung zu verschaffen.

Der aufgeklärte Absolutismus war eine zwiespältige Erscheinung. Er hat mit seinen zeitgerechten Reformen eine Revolution, wie sie 1789 in Frankreich ausbrach, in Mitteleuropa verhindert. Sein Ziel war dabei aber stets eine Stärkung der monarchischen Gewalt und des Staatsapparates gewesen; eine Entartung zur „Wohlfahrtsdiktatur“ mit totalitären Tendenzen zur kompletten Kontrolle aller Untertanen war darin bereits enthalten. „Alles für das Volk, doch nichts durch das Volk“, war die Devise des aufgeklärten Absolutismus. Der Staat stützte sich auf das Bürgertum, nicht mehr bloß auf den Adel, aber er gewährte ihm keine Mitsprache. Die Bürokratie versuchte das gesamte Leben der Untertanen zu kontrollieren und zu reglementieren, doch niemand kontrollierte die Bürokratie und ihren Umgang mit den Steuergeldern. Die Kardinalforderung der freiheitlichen Strömungen war daher die Forderung nach einer „Konstitution“, einer Verfassung, um die Grundrechte der Bürger zu sichern und den Staat der Kontrolle durch eine Volksvertretung zu unterwerfen.



Wartburgfest 1817

Außerdem hatten die Kriege gegen Napoleon, die eine Zeitlang zu französischer Besatzung und Fremdherrschaft geführt hatten, auch bei den Deutschen das Nationalgefühl erwachsen lassen. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, dem Österreich genauso angehörte wie Preußen und Bayern oder das Fürsterzbistum Salzburg und eine Vielzahl anderer kleinerer Fürstentümer und Reichsstädte, war unter dem Ansturm Napoleons 1806 zerbrochen. Das alte Reich hatte Mitteleuropa eine föderative Ordnung gegeben, die den Deutschen eine politische Heimat bot, aber auch Angehörige anderer Völker (z.B. Wallonen, Tschechen und Slowenen) umfaßte. Über Jahrhunderte waren die Habsburger zu Kaisern dieses Reiches gewählt worden (für Goethe galt deshalb Wien fraglos als Hauptstadt Deutschlands!). In der Romantik hat man sich daher noch oft nach einem Wiederaufleben dieses alten Reiches gesehnt; an seine Stelle trat nach den Kriegen gegen Napoleon zunächst der Deutsche Bund, in dem Österreich weiterhin den Vorsitz führte.

Die deutschen Freiheitskriege

Daneben gab es aber bereits das Konzept des einheitlichen Nationalstaats, das auf westeuropäische Vorbilder zurückging: wenn man den Gedanken der Volkssouveränität ernstnahm, war es logisch, Staaten nicht nach den Zufälligkeiten dynastischer Erbfolge zu bilden, sondern alle Menschen gleicher Muttersprache in einem Staat zusammenzufassen, wie das in Frankreich und Großbritannien bereits der Fall war. Der Freiheit des Bürgers von der Obrigkeit sollte auf höherer Ebene das Selbstbestimmungsrecht der Völker entsprechen. Nationale und liberale Bewegung bildeten so eine Einheit. Den Studenten kam dabei vielfach eine Pionierrolle zu: so gestaltete sich das Wartburgfest der Burschenschaften 1817 zu einer Kundgebung gegen die absolutistische Kleinstaaterei im Deutschen Bund und gegen die Politik des österreichischen Staatskanzlers Fürst Metternich, der alle freiheitlichen Bestrebungen mit Polizeigewalt, mit Spitzeln und Zensur, unterdrücken ließ. Allerdings war das Konzept des einheitlichen Nationalstaats für deutsche Verhältnisse zu zentralistisch; es ließ regionalen und landsmannschaftlichen Besonderheiten nicht immer genügend Entfaltungsspielraum. Auch war es gerade im Osten schwierig, wenn nicht unmöglich, die Siedlungsgebiete von Deutschen, Tschechen und Polen, die verschachtelt und verzahnt waren, fein säuberlich voneinander abzugrenzen.

Urburschenschaft 1815

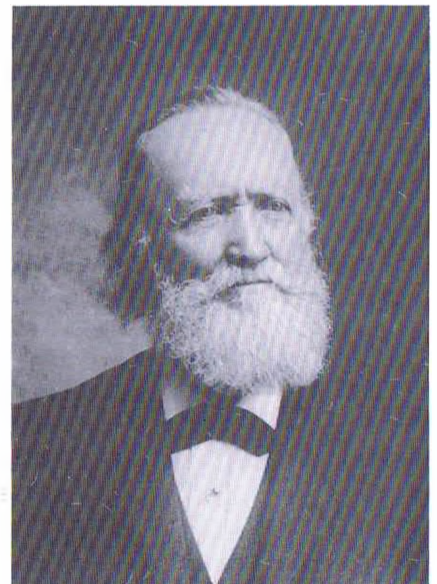


Reguläres Militär schießt in die Menge der Demonstranten am 13. März 1848 vor dem niederösterreichischen Landhaus.

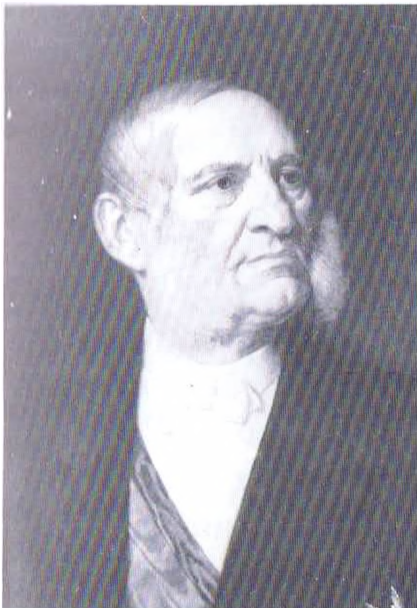
Revolution von 1848

Im „Sturmjahr“ 1848, nach den Jahren der politischen Friedhofsruhe des sogenannten „Vormärz“, brach nach einer Demonstration vor dem Landhaus in der Herrengasse am 13. März auch in Wien die Revolution aus. Metternich wurde gestürzt; der Kaiser erließ eine Verfassung. Zum erstenmal sollten alle unabhängigen Bürger eine Volksvertretung, einen Reichstag wählen, zugleich auch eine Nationalversammlung, das erste frei gewählte deutsche Parlament, das in Frankfurt in der Paulskirche zusammentrat und zu dem selbstverständlich auch die deutschen Teile Österreichs ihre Vertreter entsandten. Erzherzog Johann wurde von dieser Nationalversammlung zum provisorischen Staatsoberhaupt gewählt; ein Österreicher, Schmerling, wurde deutscher Reichsministerpräsident. Die Österreicher versuchten in Frankfurt eine föderalistische Ordnung Deutschlands durchzusetzen, die den Regionen ihre Eigenart beließ, keinen zentralistischen Einheitsstaat nach französischem Vorbild. Doch der Versuch scheiterte am Gegensatz zwischen Österreich und Preußen. Das Parlament wurde aufgelöst, nicht nur in Frankfurt, sondern auch in Wien, wo kaiserliche Truppen die Stadt belagerten und einnahmen.

Das absolutistische Regime hatte sich mit Hilfe der Armee noch einmal durchgesetzt. In Österreich folgte das Jahrzehnt des „Neo-Absolutismus“ (1849-59). Doch selbst der Neo-Absolutismus sah die Notwendigkeit von Reformen ein: Handelsminister Bruck verwirklichte die Gewerbefreiheit, senkte die Zölle und versuchte Österreich an den Deutschen Zollverein anzunähern – zum erstenmal wurde hier eine richtig verstandene Mitteleuropaidee propagiert, ein Wirtschaftsraum von Hamburg bis Triest. Doch die Gegnerschaft des Neo-Absolutismus zu den liberalen und nationalen Bewegungen, z.B. auch der Ungarn und Italiener, verwickelte ihn in kostspielige und verlustreiche Kriege (Schlacht bei Solferino 1859). Der Staat stand vor dem Bankrott. Die Niederlagen nach außen führten zu Reformen im Inneren. In dieser Situation sah sich der Kaiser gezwungen, das Bürgertum, das mit seinen Steuern und Anleihen die Zeche zu zahlen hatte, schließlich doch zur Mitwirkung heranzuziehen. 1860/61 wurde endgültig eine Verfassung erlassen, später – 1867 – noch einmal abgeändert. Leitender Minister aber wurde niemand anderer als der Deutschliberale Schmerling, der schon 1848 in Frankfurt eine solche Rolle gespielt hatte.



Der Bauernbefreier Hans Kudlich im Alter



Anton Ritter v. Schmerling

Man hoffte, daß Österreich jetzt, wo es über eine freiheitliche Verfassung verfügte, als Führungsmacht wiederum gerne in Deutschland anerkannt werde. Doch die Waffen entschieden 1866 anders: die preußischen Zündnadelgewehre fügten den Österreichern bei Königgrätz die entscheidende Niederlage zu, obwohl die Mehrzahl der Deutschen (z.B. Bayern, Hannoveraner und Sachsen) auf seiten Österreichs stand. Preußen unter Bismarck verdrängte Österreich, dessen Herrscher jahrhundertlang die Kaiserkrone getragen hatten, aus Deutschland. Den „Anschluß“-Bestrebungen der Zwischenkriegszeit ging dieser „Anschluß“ aus Deutschland voraus. Unter der Führung Bismarcks entstand wenige Jahre später (1870/71) das „kleindeutsche“ Reich, das sich dann allerdings wiederum um die Freundschaft Österreichs bemühte.

**Anton Ritter v.
Schmerling**

In Österreich hatte die Niederlage abermals einen Umbau des Staates zur Folge: die Ungarn verlangten eine starke Mitsprache – die Habsburgermonarchie wurde nunmehr in zwei „Reichshälften“ geteilt: in der einen waren die Ungarn die stärkste nationale Gruppe, in der anderen die Deutschösterreicher. Diese sogenannte „Dezemberverfassung“ des Jahres 1867 blieb bis zum Ende der Monarchie in Kraft; Teile davon (z.B. der Grundrechtskatalog) bilden weiterhin Teil unserer heutigen Verfassung.

**Dezember-
verfassung 1867**

Mitbürger!

Ein Kampf beginnt wie wir ihn noch nie gekämpft, ein Kampf um Freiheit, Fortschritt, Deutschthum und Verfassung.

Mitbürger!

Vergeßt auf alle die kleinen Unterschiede und persönlichen Rücksichten, steht fest und eisern zusammen, seid einig, vor Allem einig.

Was die große Kaiserin Maria Theresia und der unvergeßliche Kaiser Josef, die doch auch Österreicher waren, vor hundert Jahren geschaffen und späteren Geschlechtern zur Fortbildung hinterlassen, das soll nun beseitigt und zerstört werden.

Das Reich soll sich in Reiche auflösen, die einheitliche Gesetzgebung soll zerrissen werden, unsere schwer errungene, mit großen Opfern erkaufte Verfassung, unser gutes verbrieftes Recht soll nun das Mittel abgeben, durch welches Reactionäre und Ultramontane zur Uebermacht gelangen.

Wir selbst sollen Hand anlegen jenen Männern wieder zur Regierung zu verhelfen, die im Krieg und Frieden Gut und Blut des Volkes vergeudet und den Staat wiederholt an den Rand des Abgrundes gebracht haben, wir selbst sollen Hand anlegen Millionen deutscher Stammesbrüder tschechischer, slovenischer und wer weiß welcher Vergewaltigung zu überliefern.

Das darf nie und nimmermehr geschehen.

Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Deutschen Oesterreichs, an der wir unverbrüchlich festhalten, muß uns beselen, niemals dürfen wir unsere Zustimmung geben zu einer Revision (Änderung) der Verfassung auf Kosten unserer staatsrechtlichen und nationalen Stellung, wir müssen einer solchen Änderung mit allen gesetzlichen Mitteln widerstreben.

Unbekümmert um slawische und andere Interessen müssen wir an unserer Nationalität festhalten, um jeden Preis.

Die Staatsgrundgesetze bieten allen Nationalitäten gleichen Spielraum.

Sie werden aber doch von den nicht deutschen Nationalitäten bekämpft.

Was können also diese Anderen wollen als die Herrschaft über die Deutschen in Oesterreich?

Dazu dürfen aber wir Deutsche unter keiner Bedingung mitwirken.

Wer von uns diesem sogenannten Ausgleich zustimmt, ladet unerhörte Verantwortung auf sich, gibt seinen Namen unauslöschlicher Schmach preis.

Mitbürger!

Wendet darum bei den Wahlen alle Thatkraft, die höchste Rührigkeit an. Seid einig! Seid unermüdet, überseht keinen auch noch so kleinen Ort, schenkt volle Aufmerksamkeit schon den Wahlen der Wahlmänner. Erscheint vollständig und geschlossen auf dem Wahlplatze und gebt nur solchen Männern Eure Stimmen, die für unsere Nationalität eintreten in Wort und That.

Bürger in Stadt und Land!

Für Euch steht nichts weniger auf dem Spiele als sämtliche in den letzten Jahrzehenden schwer errungenen Rechte und Freiheiten. Für Euch handelt es sich darum ob Feudale und Ultramontane wieder die Herren in Amt und Schule spielen sollen. Man schenkt sich nicht Zwietracht zu tragen in Euer Haus, Eure Familie und will daß ihr wüthet gegen Euer eigenes Volk, Euer eigenes Fleisch und Blut.

Großgrund-Besitzer!

In diesem schweren Kampfe erwarten wir Euch an unserer Seite zu finden. Nur dort hat der Großgrundbesitz seine Stellung in Staat und Gesellschaft behauptet, wo er rückhaltlos und entschieden eintrat für die Rechte des Volkes.

Auch an Euch Ihr Priester richten wir das Wort!

Wenn der Druck Eurer Oberen Euch hindert für uns einzutreten, so bleibt zum mindesten dem Kampfe fern, übt aber nicht Verrath am eigenen Volke.

Mitbürger!

Seid einig, seid rührig und unermüdet im Kampfe für Freiheit und Fortschritt, für Verfassung und unsere deutsche Nationalität.

St. Pölten den 15. August 1871.

Der erste nied.-österreich. Partheitag.

DAS NATIONALLIBERALE LAGER IN DER ÖSTERREICHISCH- UNGARISCHEN MONARCHIE

Das Parlament der Monarchie, der Reichsrat, bestand aus zwei Kammern: das Abgeordnetenhaus wurde zuerst von den Landtagen beschickt, dann ab 1873 direkt gewählt; die Mitglieder des Herrenhauses wurden vom Kaiser ernannt. Im Abgeordnetenhaus saßen Vertreter von acht Nationen; doch waren die deutschen Liberalen, die Partei Schmerlings, die bestimmende Kraft, vor allem in den Jahren nach 1867. Nach Schmerling führte Prinz Auersperg bis 1879 die Regierung (auch im Adel gab es eine liberale Partei, die „Verfassungstreuen“).

Der schärfste Gegner der Liberalen in diesen Jahren waren die Klerikalen – eine Auseinandersetzung, die als der sogenannte „Kulturkampf“ in die Geschichte eingegangen ist. Die Liberalen respektierten die religiöse Überzeugung, aber sie bekämpften die Privilegien der katholischen Kirche und traten für Toleranz in Glaubensfragen ein (erst seit der liberalen Ära genossen Protestanten völlige Gleichberechtigung). Die Schulen waren bisher unter der Aufsicht der Geistlichen gestanden; Lehrer konnten gemäßregelt werden, wenn ihre Ansichten mißfielen. Das Reichsvolksschulgesetz sicherte nunmehr nicht bloß die tatsächliche Durchführung der allgemeinen Schulpflicht, sondern beschränkte den Einfluß des Klerus auf den Religionsunterricht – eine Einschränkung, die die Kirche lange Zeit nicht hinzunehmen gewillt war.

Kulturkampf

Politische und wirtschaftliche Freiheit bedingen einander: die ersten Jahre des Liberalismus gingen mit einer wirtschaftlichen Blütezeit einher, der „Gründerzeit“. Die Bauten der Wiener Ringstraße legen davon heute noch Zeugnis ab. Der Staat wurde auf seine eigentlichen Aufgaben reduziert. Es folgte eine große Welle der Privatisierung der „Verstaatlichten“, der bisher „ärarischen Werke“, und ein enormer Produktivitätsanstieg. So gelang es den Liberalen schließlich auch, durch konsequente Einsparungen das enorme Defizit im Staatshaushalt zum Verschwinden zu bringen und endlich die Stabilität der Währung zu garantieren.

Gründerzeit

Gerade das rasche Wachstum seit der Mitte des 19. Jahrhunderts brachte allerdings auch einen Strukturwandel mit sich, der große Anpassungsschwierigkeiten nach sich zog, besonders nach dem Konjunkturtief, das sich nach dem Börsenkrach von 1873, im Jahr der Wiener Weltausstellung, ausbreitete. Diese unvermeidlichen Probleme beim Übergang zu einer Industriegesellschaft können zwar in einer freien Wirtschaft am raschesten überwunden werden, wurden aber dennoch dem Liberalismus zur Last gelegt. Zu dieser öffentlichen Kritik trugen auch einige berühmte Korruptionsfälle bei – be-

Krise des
Liberalismus

sonders bei Eisenbahnbauten wurde Politik und Geschäft immer noch nicht säuberlich getrennt; manche Lobbies versuchten sich durch politischen Einfluß weiterhin wirtschaftliche Privilegien zu verschaffen (so behinderte z.B. das Eisenkartell durch seine überhöhten Preise die weiterverarbeitende Exportindustrie, die über politischen Einfluß verfügte!). Nur der freie, uneingeschränkte Wettbewerb vermag den Konsumenten vor einer derartigen Ausbeutung durch politisch einflußreiche Produzenten zu schützen, doch begann nach der Verdrängung der Deutschliberalen von der Regierung 1879 nun ganz im Gegenteil die Abwendung von den Prinzipien der Marktwirtschaft: der Ruf nach staatlicher Hilfe und Intervention wurde laut; die liberale Gewerbeordnung wurde Schritt für Schritt verschlechtert; die bürokratische Reglementierung der Wirtschaft befand sich wieder im Vormarsch.



Liberales Umweltbewußtsein

Man hat dem „Manchesterliberalismus“ oft vorgeworfen, er hänge der Utopie nach, ganz ohne staatliche Eingriffe auskommen zu wollen. Das trifft nicht zu: die Liberalen haben durchaus Gemeinschaftsaufgaben in Angriff genommen, die sonst nicht erfüllt werden konnten. So baute die liberale Stadtverwaltung in Wien unter Bürgermeister Cajetan Felder die 1. Hochquellenwasserleitung und der Abg. Schöffel, der „Retter des Wienerwaldes“, setzte das Bauverbot durch, eine umweltpolitische Maßnahme ersten Ranges, der Wien unendlich viel verdankt. Die Liberalen haben allerdings auch klar die Gefahr erkannt, daß der Staat bei einer ständigen Ausdehnung seiner Tätigkeit zum Selbstbedienungsladen für einflußreiche Gruppen wird, die sich auf Kosten ihrer Mitbürger, der Steuerzahler, Privilegien zu verschaffen wissen.

Das Bevölkerungswachstum im 19. Jahrhundert war größer als je zuvor. Hatte das Bevölkerungswachstum in früheren Jahrhunderten ein gewisses Maß überschritten, so war es zu Hungerkatastrophen gekommen, wie wir sie heute noch in Teilen der Dritten Welt erleben. Nur der Produktivitätsanstieg, den man unter dem Begriff „Industrielle Revolution“ zusammenfaßt, machte es möglich, diese ständig wachsende Zahl von Menschen auch zu ernähren und ihr Beschäftigung zu verschaffen. Die Industrielle Re-

volution konzentrierte aber auch die ärmsten Klassen der Bevölkerung, die früher auf dem Land als Tagelöhner arbeiteten – ein armseliges Proletariat, die sogenannte „soziale Frage“ entstand.



Cajetan Felder

Die Liberalen wollten die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe erziehen. Vermehrte Bildung sollte ihnen die Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Lage geben; nur in einer florierenden Wirtschaft konnte das gelingen. Sie traten für die „Koalitionsfreiheit“ der Arbeiter, das Recht auf Gründung von Gewerkschaften, ein und unterstützten auch die Schaffung von Versicherungen. Sie legten jedoch Wert auf die Freiwilligkeit von Genossenschaften und allen anderen Organisationen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter. Zwangskollektive lehnten sie ebenso ab wie das marxistische Dogma und die Vorstellung einer sozialistischen Revolution, die die bürgerliche Gesellschaft hinwegfegen sollte. Das Wahlrecht sollte schrittweise, nicht plötzlich erweitert werden. Noch in der Monarchie, seit 1907, ging der Reichsrat aus allgemeinen, demokratischen Wahlen hervor.

Soziale Frage

Zusätzlich zu den sozialen Problemen, mit denen ganz Europa zu kämpfen hatte, war es im Vielvölkerstaat der Habsburgermonarchie die nationale Frage, die das politische Klima prägte. Die Deutschösterreicher, oft als der „Kitt des Reiches“ bezeichnet, waren an eine führende Stellung gewöhnt, sahen sich aber nunmehr in die Defensive gedrängt. Die nationale Bewegung bei den nicht-deutschen Völkern, z.B. bei den Tschechen und Slowenen, richtete sich in erster Linie gegen sie. Das hatte als Reaktion einen verstärkten Nationalismus auch bei den Deutschen zur Folge. Es kam zu einer Eskalation des Nationalismus. Auch kleine Ursachen konnten hier oft große Wirkungen zeigen.

Nationalismus

Es gab in der Habsburgermonarchie nur nationale Parteien. Selbst die Sozialdemokratie, die am Ideal der Internationale orientiert war, zerfiel vor dem 1. Weltkrieg in ihre nationalen Bestandteile. Auch die freiheitlichen Politiker, die auf die erste Generation der Liberalen folgten, betonten seit den 80er und 90er-Jahren des 19. Jahrhunderts das nationale Element mehr und bezeichneten sich in erster Linie als Deutschnationale. Sie bildeten jedoch keine einheitliche Partei, sondern waren in verschiedenen Fraktionen (Deutsche Fortschrittspartei, Deutsche Volkspartei, Deutschradikale) gespalten.

Georg v. Schönerer war einer der Politiker, die ein großes Engagement in der sozialen Frage mit einem radikalen Nationalismus verbanden: an seinem „Linzer Programm“ aus dem Jahre 1882 hatten auch noch Victor Adler und Engelbert Pernerstorfer, zwei der Gründer der österreichischen Sozialdemokratie, mitgearbeitet. Später ging Schönerer schließlich dann sogar so weit, die Auflösung der Monarchie und den Anschluß an das Deutsche Reich Bismarcks herbeizuwünschen (Schönerer war ein kritikloser Bewunderer Bismarcks, der seine Bestrebungen aber keineswegs unterstützte). Die überwältigende Mehrzahl der Nationalliberalen folgte ihm dabei jedoch nicht. Für sie war es selbstverständlich, daß man Deutscher und Österreicher zugleich sein konnte, Volk und Vaterland gleichermaßen identitätsstiftend waren – genauso wie das auch für alle anderen Völker der Monarchie galt. Von den 111 freiheitlichen Abgeordneten im letzten Reichsrat der Monarchie waren nur vier Anhänger Schönerers.

Georg Ritter v. Schönerer

Nationalitäten- streit

In den Nationalitätenstreit wurden unglücklicherweise auch die Juden hineingezogen. Innerhalb der Monarchie gab es eine große Zuwanderung von Juden nach Wien. Die Abwehrreaktionen – wie sie bei jeder Einwanderungswelle zu beobachten sind – verfestigten sich jedoch zu einem Antisemitismus, der vom Prinzip der Muttersprache als Kriterium für die Nationszugehörigkeit abging. Auch die Juden, die sich der deutschen Kultur verbunden fühlten, sollten laut Schönerer nicht mehr als Deutsche, sondern als fremdnationale Gruppe betrachtet werden. Die Meinungen darüber innerhalb des nationalliberalen Lagers waren geteilt; der Gedanke, daß Abstammung – und nicht Sprache – die nationale Identität ausmachten, fand jedoch viele Anhänger, wie man selbstkritisch zugestehen muß.

Reichsratswahlen 1911

Ergebnis für den Deutschösterreichischen Teil*

Deutscher Nationalverband	99 Mandate
Christlichsoziale	74 Mandate
Sozialdemokraten	44 Mandate
Parteiungebundene	14 Mandate

*) Zahlen stammen aus:
Erich Zöllner, Geschichte Österreichs.
Wien, 1979. S 439

DAS NATIONALLIBERALE LAGER IN DER ERSTEN REPUBLIK



Franz Dinghofer

Der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn zerfiel nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg. Die Völker des Habsburgerreiches, die Polen, die Italiener, die Südslawen, die Rumänen schlossen sich ihren Nationalstaaten jenseits der Grenzen an; auch für die Deutschösterreicher war das nichts anderes als die logische Konsequenz aus dem Zerfall der Monarchie. Alle deutschen Abgeordneten des alten Reichsrates versammelten sich und gründeten am 30. Oktober 1918 den Staat „Deutschösterreich“. Als sich herausstellte, daß die übrigen Völker der Monarchie an einer Aufrechterhaltung der bisherigen Gemeinsamkeit auch in anderen Formen nicht mehr interessiert waren, erklärte diese provisorische Nationalversammlung am 12. November den Anschluß an das Deutsche Reich; zugleich wurde als Staatsform die Republik ausgerufen. Da aus den letzten Reichsratswahlen der Monarchie der „Nationalverband der deutschfreiheitlichen Abgeordneten“ als stärkste Gruppierung hervorgegangen war, war es auch der nationalliberale Bürgermeister von Linz, Franz Dinghofer, der diese Beschlüsse von der Rampe des Parlaments aus verkündete.

**Gründervater
der Republik**

Der von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gewünschte und von allen drei großen politischen Lagern getragene „Anschluß“ wurde von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges allerdings verboten. Selbst den Namen „Deutschösterreich“ zu führen, wurde dem neuen Staat untersagt. Darüberhinaus wurde das vom US-Präsidenten Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker noch mehrfach mißachtet: Südtirol kam unter italienische, das Sudetenland unter tschechische Herrschaft. Es war daher nur allzu verständlich, daß das Diktat der Sieger nicht als Basis einer gerechten Nachkriegsordnung akzeptiert wurde und allenthalben Rufe nach einer Revision der Friedensverträge laut wurden. Die Tragik der Zwischenkriegszeit bestand darin, daß

**„Deutsch-
österreich“**

Bürgerkrieg

auch die Auseinandersetzungen um das Burgenland und in der Südsteiermark) hatten zu einer starken Militarisierung der Gesellschaft geführt. Auf der bürgerlichen Seite entstanden die Heimwehren, auf der sozialdemokratischen Seite der „Republikanische Schutzbund“, paramilitärische Verbände, die sich auf einen Bürgerkrieg vorbereiteten. Die Auswirkungen der großen Weltwirtschaftskrise ab 1929, die Konkurse und die hohe Arbeitslosigkeit, führten auf allen Seiten zu einer Radikalisierung. Die Heimwehren verloren ihren defensiven Charakter und kandidierten als eigene Partei, die offen die Diktatur forderte, nach dem Vorbild des faschistischen Italien unter Mussolini. 1932 brachen die Christlichsozialen die Koalition mit den Großdeutschen und verbündeten sich mit der Heimwehr, die bald darauf auch den Landbund aus der Regierung verdrängte.

Nationalratswahlergebnisse

Sozialdemokraten	72 Mandate
Christlichsoziale	66 Mandate
Schoberblock*	19 Mandate
Heimatblock (Heimwehren)	8 Mandate

*) Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund

Mandatsverhältnis am 4. März 1933

Regierung Dollfuß I bestand aus Christlichsozialen (= 66 Mandate), dem Heimatblock (= 8 Mandate) und dem Landbund für Österreich (= 9 Mandate) und verfügte über insgesamt 83 Mandate.

Dagegen standen die 82 Mandate der Opposition, d.h. die 72 Mandate der Sozialdemokraten und die 10 Mandate der Großdeutschen Volkspartei.

Ausschaltung des Parlaments

In dieser Situation kam es am 4. März 1933 zur sogenannten „Selbstausschaltung“ des Parlaments. Die Regierung Dollfuß hatte nach dem Ausscheiden der Großdeutschen im Nationalrat nur mehr eine hauchdünne Mehrheit; im Zuge einer brisanten Abstimmung, bei der es um eine einzige Stimme Mehrheit ging, legten daher alle drei Präsidenten des Nationalrates ihr Amt nieder, um mit ihrer Fraktion stimmen zu können. Die Sitzung konnte daraufhin nicht mehr ordnungsgemäß geschlossen werden. Die Regierung, die Angst vor Neuwahlen hatte, nützte diese Geschäftsordnungsspanne allerdings schamlos aus, um den Parlamentarismus in Österreich überhaupt auszuschalten. Als der 3. Nationalratspräsident, der großdeutsche Abgeordnete Sepp Straffner, den Nationalrat wieder einberufen wollte, ließ Dollfuß den Versuch mit Polizeigewalt verhindern. Auch der Verfassungsgerichtshof wurde lahmgelegt. Das Experiment der Diktatur hatte begonnen. Noch ein Jahr später, am 30. April 1934, als Dollfuß die Verfassung seines „autoritären Ständestaates“ von den christlichsozialen Abgeordneten absegnen ließ, erschienen die zwei großdeutschen Abgeordneten Foppa (übrigens der Taufpate Jörg Haiders) und Hampel im Parlament, um feierlich Protest einzulegen.

Der Austrofaschismus

Dollfuß betrachtete das faschistische Italien als Vorbild und Protektor (sein Regime wird daher auch oft als „Austrofaschismus“ bezeichnet; von anderen auch, vielleicht zutreffender, als „Möchtegernfaschismus“). Alle Parteien wurden aufgelöst; die „Vaterländische Front“ als Einheitspartei errichtet. Die Diktatur entzog den gemäßigten Kräften aller Lager den Boden. Auf der Linken unternahm der Republikanische Schutzbund am 12. Februar 1934 einen aussichtslosen Aufstandsversuch. Auf der anderen Seite rissen die Nationalsozialisten, die auf Grund der katastrophalen wirtschaftlichen Lage schon vorher bei Landtags- und Gemeinderatswahlen große Erfolge erzielt hatten, nach dem Ausscheiden der alten parlamentarischen Eliten die alleinige Führung der „nationalen Opposition“ an sich. Doch auch bei ehemaligen Christlichsozialen oder Sozialdemokraten erzielten die Nationalsozialisten große Einbrüche (der Innsbrucker Politologe Anton Pelinka hat die NSDAP deshalb auch als die „erste Allerweltpartei“ in der Geschichte Österreichs bezeichnet). Die Erfolge Hitlers über der Grenze beein-

druckten viele; hier rächte es sich, daß die Westmächte den Besiegten nicht gewährt hatten, was sie Hitler nun zugestehen mußten, und ihm so seinen Nimbus verschafften.

Der „Anschluß“ 1938, das Ende der kleinlichen Diktatur des erfolglosen Ständestaates, wurde von den meisten ehemaligen Anhängern der Nationalliberalen wohl mit großen Erwartungen begrüßt. Von den abstoßenden Seiten des Regimes waren jedoch bald auch viele von ihnen betroffen: so starben die großdeutschen Abgeordneten Prodingen und Mittermann in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches; andere – wie Dinghofer – wurden zwangspensioniert. Alle Vereine wurden gleichgeschaltet, die Studentenverbindungen aufgelöst. Die Vertreibung bzw. Ermordung der Juden erfaßte Tausende von Familien, die sich stets als gute Deutsche und Österreicher gefühlt hatten. Die Verbrechen des Nationalsozialismus bedeuteten noch lange eine schwere Hypothek für das gesamte nationalliberale Lager in Österreich. Die maßlose Außenpolitik Hitlers schließlich führte mittelbar zum Untergang und zur Vertreibung der altösterreichischen Volksdeutschen im Sudetenland und in Jugoslawien – auch das Verbrechen, über das man fünfzig Jahre danach offen und im Geiste der Versöhnung reden kann und muß.

**Der „Anschluß“
1938**



*Der Verband der Unabhängigen führte das Dritte Lager in das innenpolitische Geschehen der Republik zurück.
Im Bild der Nationalratsklub des VdU 1949*

DIE ZWEITE REPUBLIK: DER VERBAND DER UNABHÄNGIGEN

Als es nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches bei der Wiedergründung der Republik zur Abrechnung mit dem Nationalsozialismus kam, setzten die Siegermächte den Begriff „nationalsozialistisch“ und „national“ gewissermaßen gleich. Damit wurde nicht nur den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, die damals mit ihren Familienmitgliedern bestimmt ein Viertel der österreichischen Bevölkerung ausgemacht haben, die aktive Teilnahme an der Politik der neu gegründeten Zweiten Republik verwehrt, sondern auch die Neugründung einer nationalliberalen Partei.

Als am 11. September 1945 der „Alliierte Rat“ beschloß, in Österreich Parteien anzuerkennen, bezog sich dies lediglich auf die Volkspartei, auf die Sozialisten und auf die Kommunisten, obwohl sich mehr als 50 Gruppierungen um eine Anerkennung als Partei bewarben. Dementsprechend waren bei den ersten Nationalratswahlen in der Zweiten Republik am 25. November 1945 auch nur ÖVP, SPÖ und KPÖ zu einer Kandidatur berechtigt. Einzig in Kärnten, in der britischen Besatzungszone gab es eine Ausnahme, wo neben den drei Lizenz-Parteien eine „Demokratische Partei“ für die Landtagswahl, die gleichzeitig durchgeführt wurde, kandidieren durfte und ein Mandat erlangte.

„Lizenzparteien“

Allen ehemaligen Mitgliedern und Parteianwärtinnen der NSDAP, SS und SA wurde die Wahlberechtigung entzogen, womit es in Österreich zur Zeit der ersten Nationalratswahlen etwa 600.000 Bürger zweiter Klasse gab, die von den politischen Rechten ausgeschlossen waren. Auch die Frauen und Kinder der Registrierten waren betroffen. Diese erste Nationalratswahl der Zweiten Republik endete mit einer absoluten Mehrheit der ÖVP, die gemeinsam mit den Sozialisten und den Kommunisten eine Konzentrationsregierung bildete (ab 1947 dann Große Koalition ohne KP).

Staatsbürger
zweiter Klasse

Durch die Entschließung des „Alliierten Rates“ wurde der historisch gewachsenen Parteienlandschaft in Österreich keineswegs Rechnung getragen.

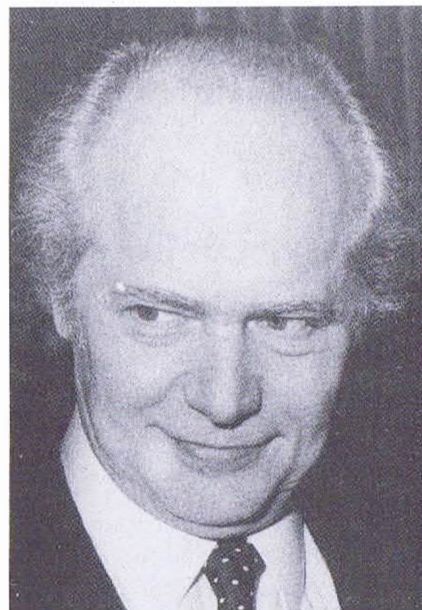
Bei den letzten freien Wahlen in der Ersten Republik hatten die Parteien des nationalliberalen Lagers immerhin 18 % der Stimmen errungen, was nichts anderes bedeutet, als daß zu Beginn der Zweiten Republik fast ein Fünftel der Österreicher – seiner politischen Heimat beraubt – dem großkoalitionären Proporzdenken der Massenparteien ein wirksames Korrektiv entgegengestellt haben.



Herbert A. Kraus bei einer VdU-Wahlversammlung

„Verband der Unabhängigen“

Am 4. Februar 1949 kündigte Herbert Kraus in einer Pressekonferenz die Gründung einer vierten Partei mit Namen VdU (Verband der Unabhängigen) an. Kraus und seine Mitstreiter wählten deswegen den Namen „Verband der Unabhängigen“, weil gerade in dieser Zeit ein starkes Bedürfnis nach Unabhängigkeit von Parteienherrschaft bestand. Die beabsichtigte Neugründung auch publikumswirksam darzustellen, erforderte die Gründung einer eigenen Zeitung. Bei oberösterreichischen Industriellen trieb Herbert Kraus die Geldmittel dafür auf. Am 24. Februar 1949 erschien die erste Nummer der „Neuen Front“. Chefredakteur wurde Viktor Reimann, der stets für die Titelseite einen eher aggressiven Leitartikel gestaltete, während Herbert Kraus auf der dritten Seite politische Konzepte entwarf. So ergab sich eine perfekte Rollenteilung, die sich auf das Parteiblatt äußerst positiv auswirkte.



Viktor Reimann

Am 26. März 1949 fand die eigentliche konstituierende Generalversammlung des VdU in der Salzburger Fronburg statt. Diese vierte Partei mußte allerdings als Verein angemeldet werden, da aufgrund der alliierten Lizenzen nur drei Parteien in Österreich zugelassen waren. Auch der Nachfolger des VdU, die FPÖ war letztlich bis zum Parteiengesetz von 1975 nur als Verein konstituiert. Dem neu gegründeten Verband blieb nur eine kurze Zeit für die Vorbereitung der Nationalratswahl am 9. Oktober 1949. Die Zulassung zur Wahl konnte bei den Alliierten durchgesetzt werden, weil es sich als Glück erwies, daß die Sowjetunion in ihrem Bereich die Kandidatur der „Demokratischen Union“ des linkskatholischen Prof. Dobretsberger durchsetzen wollte. Aus diesem Grund wurden in den Verhandlungen beide Verbände zugelassen. Allerdings konnte

der VdU nicht als VdU kandidieren, sondern mußte aus verfassungsrechtlichen Gründen als „Wahlpartei der Unabhängigen (WdU)“ antreten. Dies brachte zusätzliche administrative Schwierigkeiten mit sich.

„Wahlpartei der Unabhängigen“

Im Wahlkampf ging es vor allem um die minderbelasteten ehemaligen Nationalsozialisten, die nach dieser Amnestie vom 21. April 1948 wieder wahlberechtigt waren, sowie um die Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft und die Volksdeutschen. Auch die ÖVP bemühte sich um Kontakte mit ehemaligen führenden Nationalsozialisten in Oberweis, wobei der spätere zweite Nationalratspräsident Alfred Maleta die Verhandlungen führte. Die Sozialisten pflegten durch Innenminister Oskar Helmer sehr gute Kontakte zum „Gmundner Kreis“ ehemaliger NS-Spitzenfunktionäre, die inzwischen ein Nahverhältnis zum amerikanischen CIA aufgebaut hatten. Die ÖVP versuchte die Kandidatur des VdU bis zur letzten Minute zu hintertreiben, da sie große Verluste befürchtete, wenn eine zweite nichtsozialistische Partei kandidierte.

Diese Annahme war allerdings gerade für die Sozialisten ausschlaggebend, den VdU maßgeblich zu unterstützen. So konnte dank der SPÖ Papier für Plakate und Stimmzettel billig in der Papierfabrik Steyermühl gekauft werden (diese heute banal erscheinende Frage stellte in der damaligen Zeit ein existentielles Problem dar, da Papier kontingentiert und entsprechend teuer und schwer erhältlich war; zudem mußte eine entsprechend große Anzahl von Stimmzetteln gekauft werden, da es noch keine amtlichen Stimmzettel gab).

Für „Recht, Sauberkeit und Leistung“

Unter dem Motto „Recht, Sauberkeit und Leistung“ hatte sich der VdU am 22. Juli 1949 ein 52-Punkte-Programm gegeben. Dazu kam im Jahre 1950 das „Soziale Manifest“ des VdU.



Die erste Nummer der Neuen Front

Neben den Parteigründern Kraus und Reimann waren die wichtigsten Männer der ersten Stunde der alte Landbündler und ehemalige Vizekanzler Karl Hartleb, Gustav Adolf Jakob Neumann, und Thomas Neuirth, der als unabhängiger Landessekretär des ÖGB in Salzburg wirkte. Auf seine Ideen und sein Wirken geht auch das soziale Manifest des VdU zurück. Hartleb stand für die Kontinuität des nationalliberalen Lagers, das er bereits in der Ersten Republik an hervorragender Stelle, unter anderem auch als Vizekanzler, vertreten hatte. Gustav Adolf Jakob Neumann schließlich stand für das junge und erneuernde Element, durch das sich das nationalliberale Lager in seiner Geschichte stets auszeichnete: er war erst 25 Jahre alt, besaß also im Jahre 1949 noch nicht einmal das passive Wahlrecht, galt aber in Oberösterreich als eine Integrationsfigur. Als Generalsekretär fungierte 1949/50 eine Zeitlang das bekannte Jagdflieger-As Gordon Gollob.



Das soziale Manifest des VdU

Diffamierung des VdU

Mit dem Wiedereintritt des nationalliberalen Lagers in das innenpolitische Geschehen der Zweiten Republik setzte schlagartig jene Verteufelung ein, die den VdU und danach seine Nachfolgeorganisation die FPÖ, als „nazistisch und faschistoid“ denunzierte und als Sammelbecken für alte und neue Nazis darstellen wollte. Unterschlagen wurde dabei stets, daß das Gros der ehemaligen Angehörigen der NSDAP spätestens in den 50er Jahren bei den beiden österreichischen Großparteien untergeschlupft war und nur ein kleiner Teil im VdU und in der FPÖ. Bereits seit den Gründungstagen des VdU versuchte man im Zuge dieser Hetze, die Begriffe „national“ und „nationalsozialistisch“ gleichzusetzen, um so das gesamte Dritte Lager aus dem demokratischen Grundkonsens der Zweiten Republik hinauszudrängen.

Tatsächlich wurde bereits der Wahlkampf von 1949 zu einer Schlammschlacht ohnegleichen. Vor allem die ÖVP führte ihn sehr persönlich und schreckte auch vor den unfairsten Methoden nicht zurück. Viktor Reimann vergleicht in seinem Buch „Die Dritte

Kraft“ die Aktionen der ÖVP mit dem Watergate-Skandal. Am 9. Oktober 1949 erteilte die Bevölkerung diesen Diffamierungen allerdings eine deutliche Abfuhr, da der VdU mit 489.000 Stimmen 11,67 % und 16 Mandate erlangen konnte. Je 8 Mandate kamen von den Sozialisten, je 8 von der Volkspartei, ganz im Sinne des Wahlprogramms des VdU, der ja die Proporzwirtschaft aufbrechen wollte. Bei einer genauen Analyse der Wahlergebnisse fällt ein starkes West-Ost-Gefälle auf: so erzielte der VdU in den Besatzungszonen der westlichen Alliierten fast 20 % der Stimmen, während er in der russischen Besatzungszone nur auf etwa 4 % kam. Das hängt auch damit zusammen, daß die russische Besatzungsmacht viele Wahlveranstaltungen des VdU kurzerhand verbot. Allein aus diesen Zahlen läßt sich aufgrund einer einfachen Rechnung das heute noch häufig bestehende Vorurteil entkräften, daß es vor allem die ehemaligen Nationalsozialisten waren, die den VdU gewählt hätten. Von den im Jahre 1948 amnestierten minderbelasteten Nationalsozialisten, es waren ca. 460.000, lebten ganze 300.000 in der östlichen Zone, also dort wo der VdU nur 4 % der Stimmen erzielte.

Wahlerfolg von 1949

Auch die gleichzeitig mit den Nationalratswahlen im Jahre 1949 durchgeführten Landtagswahlen brachten dem VdU beachtliche Erfolge. So erzielte er beispielsweise in Oberösterreich 10 Mandate, was gleich zwei Landesregierungssitze bedeutete. Lediglich in Niederösterreich ging er leer aus, was auf die Diskriminierung seitens der sowjetischen Besatzungsmacht zurückzuführen war. Erst unter der Obmannschaft Jörg Haiders sollte es gelingen, auch in Niederösterreich in der Landespolitik zu einem gewichtigen Faktor zu werden. Neben den 16 Nationalratsmandaten konnte der VdU auch 4 Sitze im Bundesrat erringen.

Trotz dieser politischen Erfolge geriet der Verband der Unabhängigen in die Isolation. Auch die Sozialisten verwandelten ihre vor der Wahl praktizierte freundliche und entgegenkommende Haltung in eine ablehnende, nachdem der VdU nicht nur eine Schwächung der Volkspartei, sondern im gleichen Maße auch der SPÖ bewirkt hatte. Überdies war das sensationell gute Abschneiden des VdU bei den Arbeiterkammerwahlen im Jahre 1949 für die Sozialisten bedrohlich. Der VdU erzielte dabei 117 Mandate und wurde bei den Angestellten sogar zur zweitstärksten Fraktion! Eine harte Reaktion der Sozialisten riefen auch die VdU-Erfolge bei den Betriebsratswahlen, bei denen der VdU gepunktet hatte, wiederholt werden mußten. Durch innerbetrieblichen Terror brachten die Sozialisten es letztlich dazu, daß viele Positionen des VdU wieder verloren gingen. Dazu gesellte sich noch ein menschliches Problem: viele der VdU-Aktivisten waren gerade wieder in ihre alten bürgerlichen Positionen zurückgekehrt. Sie, vor allem ihre Familien, fürchteten, diese wieder aufs Spiel zu setzen. Dies führte in der Folge dazu, daß sehr viele VdU-Anhänger in den Großbetrieben zur SPÖ übertraten.

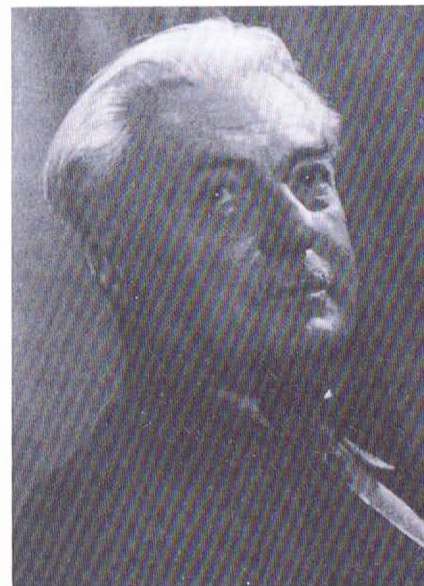
Erfolg bei Arbeiterkammer- wahlen

Das bereits erwähnte „Soziale Manifest“ des VdU beinhaltete vor allem die Idee der Partnerschaft von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, also die innerbetriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer und die Partizipation an Umsatz und Gewinn des Unternehmens. Der oberösterreichische Industrielle Karl Leitl verwirklichte dieses Konzept in seinem Unternehmen. Die Leitl-Werke befinden sich bis heute zu einem Drittel in Arbeiter- und Angestelltenbesitz. Das Prinzip gilt als vorbildlich und dient ausländischen Delegationen häufig als Studienobjekt. Im Ansatz enthält das „Soziale Manifest des VdU“ auch das richtig verstandene Prinzip der Sozialpartnerschaft von unten, das heute leider in seiner pervertierten Form als staatlich verordnetes Zwangssystem von oben praktiziert wird.

Das „Soziale Manifest“

Die Breitner-Wahl

Einen letzten großen Erfolg konnte der VdU im Jahre 1951 verbuchen, als er bereits seine ersten internen Schwierigkeiten zu bewältigen hatte: bei der Bundespräsidentenwahl stellte er den Innsbrucker Univ.-Prof. Burghard Breitner auf. Breitner hatte sich als Chirurg im Ersten und Zweiten Weltkrieg einen guten Namen gemacht, worauf auch sein Beiname „Engel von Sibirien“ zurückgeht. Er galt als wissenschaftliche Koryphäe und hatte sich auch in vielerlei künstlerischer und kultureller Hinsicht profiliert. Obwohl Burghard Breitner selbst keine einzige öffentliche Wahlversammlung bestritt (lediglich einmal sprach er fünf Minuten im Radio), erzielte er über 660.000 Stimmen, die absolute Mehrheit in den Städten Salzburg und Innsbruck sowie eine relative Mehrheit im Land Salzburg.



Burghard Breitner

„Aktion zur politischen Erneuerung“

In den folgenden Jahren stießen eine Reihe neuer Persönlichkeiten zum VdU. Eine Gruppe um Graf Strachwitz, der u.a. die Kriegsheimkehrer ansprach, konstituierte sich vorerst als „Junge Front“ innerhalb der ÖVP, die ihr jedoch keinen genügenden Spielraum einräumten. So trat Strachwitz aus der ÖVP aus und war bis 1953 wilder Abgeordneter im Parlament. Strachwitz, Dr. Wilfried Gredler und einige andere Parteungebundene riefen nunmehr die „Aktion zur politischen Erneuerung“ ins Leben und strebten ein Wahlabkommen mit dem VdU an, Oberst Max Stendebach wurde zum neuen Obmann gewählt, der das Wahlabkommen mit der Strachwitz-Gruppe abschloß. Die Wahl vom 22. Februar 1953 brachte für den VdU in Wien Gewinne, im Westen aber Stimmenverluste, sodaß zwei NR-Mandate verloren gingen. Von der „Aktion der politischen Erneuerung“ zog Gredler ins Parlament ein. In der Folge konnte die Vorstellung von einer Konzentrationsregierung unter Einbeziehung des VdU nicht verwirklicht werden. Raab ging es bei diesen Verhandlungen nur um ein taktisches Manöver zur Einschüchterung der SPÖ. Der Nationalrat wählte lediglich Karl Hartleb zum Dritten NR-Präsidenten.

Streit im VdU

Auch war der VdU um diese Zeit durch innere Streitigkeiten geschwächt. Das Problem des nationalliberalen Lagers war seit jeher gewesen, daß es über viele ausgeprägte Individualisten verfügte, die in ihren Meinungen ein weites Spektrum abdeckten, es aber an Parteidisziplin oft mangeln ließen. Das war intellektuell redlich, aber politisch oft verderblich. In Wien führte die Überbetonung der nationalen Gesichtspunkte durch den Abgeordneten Fritz Stüber zu schwierigen internen Auseinandersetzungen, die letztlich mit dem Ausschluß Stübers endeten, der seinerseits eine neue Partei, die „Freiheitliche Sammlung Österreichs“ (FSÖ) gründete. Auch in der Programmatik des VdU zeigte sich in diesen Tagen eine stärkere Betonung der nationalen Auffassungen. Bei der am 15.-16. Mai 1954 abgehaltenen Bundesverbandstagung in Bad Aussee beschloß der VdU ein neues Programm (Ausseer Programm), das klar in diese Richtung weist. Der obenerwähnte Bundesverbandstag beschloß außerdem Verbindung mit Anton Reinthaller aufzunehmen. Anton Reinthaller war ein prominenter Nationalsozialist gewesen und bekleidete 1938 in dem kurzlebigen Kabinett von Seyß-Inquart den Posten eines Landwirtschaftsministers. Nach dem Krieg war er sieben Jahre lang in Haft, wurde später aber wegen seiner persönlich einwandfreien Haltung amnestiert. Manche mit dem VdU Unzufriedene scharten sich jetzt um ihn.

Eine große Zäsur in der Geschichte des VdU stellte der 17. Oktober 1954 dar, der als schwarzer Oktober in die Parteigeschichte einging. An diesem Tag wurden in Wien,

Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg Landtagswahlen geschlagen, die alle mit erheblichen Verlusten des VdU endeten. In Wien flog der VdU sogar aus dem Gemeinderat bzw. Landtag. Auch die Arbeiterkammerwahlen, die 1949 noch so hervorragend für den VdU ausgegangen waren, brachten 1954 eine Katastrophe. Der Mandatsstand sank von 117 auf 19. Während man mit Reinthaller und seinem Kreis verhandelte, hatte dieser am 19. März 1955 die Freiheitspartei gegründet. Eingedenk der großen Verluste von 1954 wollte man von seiten des VdU ein getrenntes Antreten bei den oberösterreichischen Landtagswahlen am 23. Oktober 1955 verhindern. Durch Verhandlungen kam eine Wahlgemeinschaft zwischen VdU und Freiheitspartei zustande, der sich auch andere national-freiheitliche Verbindungen und Vorfeldorganisationen anschlossen. Die Wahlen endeten dennoch enttäuschend: von 10 Mandaten blieben nur vier übrig, die zwei Sitze in der Landesregierung gingen verloren.

Der Niedergang des VdU

Männer u. Frauen Oberösterreichs!

Aus der zwingenden Notwendigkeit, den Totalitätsansprüchen der Koalitionsparteien ein starkes Gegengewicht zu schaffen, haben sich die freiheitlich-nationalen Kräfte Oberösterreichs zu einer Wahlgemeinschaft zusammengeschlossen.

Diese wird bei den kommenden Herbstwahlen durch eine gemeinsame Liste allen zwischen Schwarz und Rot stehenden Wählern die weitere Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften und Gemeindeverwaltungen sichern.

Unterstützt von allen national-freiheitlichen Verbänden und parteilosen Persönlichkeiten, wird der VdU zusammen mit der Freiheitspartei unter der Listenbezeichnung

Freiheitliche Wahlgemeinschaft

VdU • FP • Parteilose

einig und entschlossen im Wahlkampf antreten.

Diese Wahlgemeinschaft ist der Ausgangspunkt für eine neue politische Kräftegruppierung, die in klarer Zielsetzung ihrer Bestrebungen ein starkes und einigtes Sammelbecken der national-freiheitlichen Wählerschaft darstellt, damit der soziale Gedanke eine echten Volksgemeinschaft endlich verwirklicht wird.

Max Stendebach

Bundesobmann des VdU

Anton Reinthaller

Bundesobmann der Freiheitspartei

Friedrich Pöter

Landesobmann der Freiheitspartei

Dr. Oskar Weizl

für die national-freiheitlichen Verbände

Georg Brünbart

Landesobmann des VdU

Höre uns, bevor Du Deine Stimme abgibst! AUCH DICH GEHT ES AN!

DIE FREIHEITLICHE PARTEI

Nachdem der Verband der Unabhängigen offensichtlich gescheitert war, kam es am 17. Oktober 1955 zur Gründung eines Bundesproponentenkomitees, bestehend aus „Aktion zur politischen Erneuerung“, VdU und Freiheitspartei, um eine Parteigründung unter neuem Namen vorzubereiten. Bereits am 27. Oktober 1955 einigte sich dieses Komitee auf die Bezeichnung „Freiheitliche Partei Österreichs“. Der Name weist auf das Grundelement und die Grundfeste der Ideologie des Dritten Lagers hin. Die Freiheit, vor allem die Freiheit des Individuums, aber auch die Freiheit der Gemeinschaft, des eigenen Volkes, stand und steht stets im Zentrum sämtlicher programmatischer Aussagen und Programme des nationalliberalen Lagers.



Gründungsparteitag der FPÖ am 7. April 1956

Das Bundesproponentenkomitee arbeitete so intensiv, daß bereits am 3. November 1955 ein Kurzprogramm publiziert werden konnte. Am 7. April 1956 fand der erste ordentliche Bundesparteitag, also der Gründungsparteitag der FPÖ, im Hotel „Weißer Hahn“ in Wien statt. Zu den Männern der ersten Stunde zählten neben Anton Rein-

**Die Freiheitliche
Partei Österreichs**

thaller und Gredler, Broesigke, van Tongel, Zeillinger, Kandutsch, Kindl und Friedrich Peter, um nur einige zu nennen.



Das „Katzenplakat“ der Nationalratswahl 1959

Einen Monat später schlug die FPÖ ihre erste Nationalratswahl und erzielte 6 Mandate. Bei der Gemeinderatswahl in Innsbruck kurz darauf errang die FPÖ 7 Mandate und den Posten des Vizebürgermeisters. Im darauffolgenden Jahr kam es zum ersten Mal zu einer Zusammenarbeit mit der ÖVP. Gemeinsam stellten FPÖ und ÖVP Universitätsprofessor Dr. Wolfgang Denk als Bundespräsidentenskandidat auf. Denk unterlag allerdings bei der Wahl knapp Adolf Schärf.



FPÖ-Gründungsobmann Anton Reinthaller mit dem letzten VdU-Obmann Max Stendebach



*Friedrich Peter beim Bundesparteitag
1958 in Salzburg*

Am 6. März 1958 starb der erste Obmann der Freiheitlichen Partei, Anton Reinthaller. Nach einem kurzen Zwischenspiel wählte der Bundesparteitag Friedrich Peter zum Obmann, der dieses Amt zwei Jahrzehnte hindurch bekleiden sollte. Allein äußerlich kündigte sich die neue Ära durch den Rahmen im Salzburger Kongreßhaus an. Der erste Parteitag hatte nämlich im Hotel „Weißer Hahn“ in einem zwar dreißig Meter langen, aber nur vier Meter breiten Saal stattgefunden und den zweiten hatte man im Keller des Klagenfurter Konzerthauses abgehalten.

Für die Nationalratswahl im Jahre 1959 konnte die FPÖ erstmals als Liste 3 kandidieren. Neu war bei dieser Wahl die Einführung amtlicher Stimmzettel. Der FPÖ-Wahlkampf zeichnete sich durch eine sehr gelungene Plakatwerbung aus, die die großkoalitionäre Proporzwirtschaft kritisierte.



**Genau, wie von der FPÖ
vorausgesagt:**

**Die Balgerei
der beiden Kater
war nur das alte
Wahltheater**



NACH DER WAHL

**Darum: Jetzt erst recht mit der FPÖ
gegen Koalitionsdiktatur!**

Plakat, welches nach geschlagener NR-Wahl publiziert wurde. Das Wahlkampfplakat hatte genau umgekehrt ausgesehen.

Das Katzenplakat, das einen roten und schwarzen Kater zeigt, die vor der Wahl raufen und nach der Wahl Arm in Arm davongehen, ist eine der bemerkenswertesten Ideen in der österreichischen Wahlkampfzenerie gewesen. Der Erfolg zeigte sich bei der Nationalratswahl, die der FPÖ einen Gewinn von 2 Mandaten brachte.

**Die Ära
Friedrich Peter**

Friedrich Peters größtes Anliegen war es, die Partei aus dem Ghetto herauszuführen, in das die große Koalition sie auf Dauer verbannen wollte. Ein erster Erfolg dieser Bestrebungen war es, als eine Entschließung der FPÖ im Zuge der Habsburgerfrage 1963 von der SPÖ angenommen wurde. Damit nahm erstmals eine Regierungspartei die Entschließung einer Oppositionspartei an.



Jörg Kandutsch

Ein weiterer Schritt aus dem Ghetto stellt der 3. April 1964 dar. Jörg Kandutsch wurde zum Präsidenten des Rechnungshofes bestellt, 1980 folgte ihm Tassilo Broesigke nach. Man trug damit der Kontrollarbeit der FPÖ Rechnung. Einer Kontrollarbeit, die sich auch im damaligen Signet der Partei zeigt, einem Keil, der die großkoalitionäre Proporzwirtschaft aufbricht. Gleichfalls 1964 kamen SPÖ und FPÖ auch bezüglich einer Reform des österreichischen Wahlrechts zu einer schriftlichen Vereinbarung, die aber erst sechs Jahre später verwirklicht werden sollte.

Als weiterer Meilenstein in der Geschichte der Freiheitlichen Partei ist das Jahr 1968 anzusehen. Der 9. Ordentliche Bundesparteitag in Bad Ischl beschloß das „Bad Ischler Programm“. Damals schon wurde hier ausdrücklich die Notwendigkeit einer vorausschauenden Umweltpolitik betont.

Bad Ischler Programm



Willfried Gredler

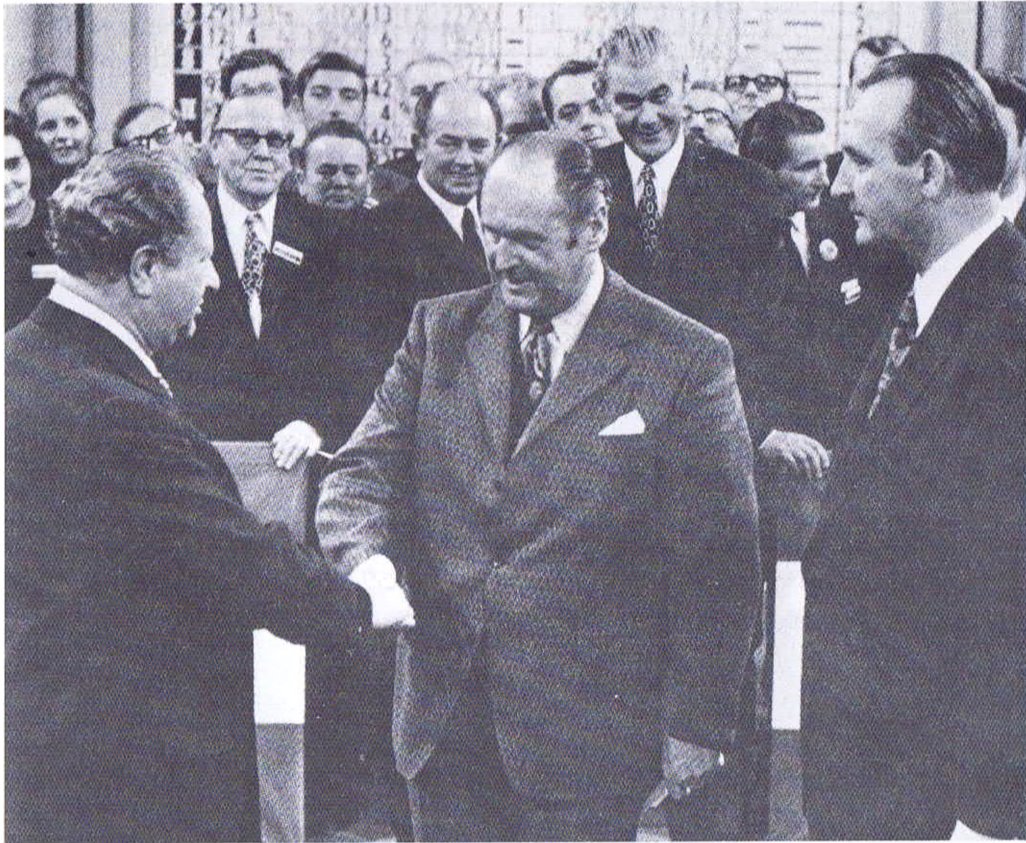
Das Jahr 1969 stand im Zeichen eines starken Aufwindes für die FPÖ. Die eindeutige Stellungnahme der FPÖ zum Schulvolksbegehren gegen das 13. Schuljahr führte zu einigen Wahlsiegen. So gewann die FPÖ bei der Wiener Gemeinderatswahl ein, bei den Landtagswahlen in Salzburg zwei und in Vorarlberg ein Mandat dazu. Die Arbeiterkammerwahlen brachten der FPÖ mit 40 Mandaten ein beachtliches Ergebnis.

Solchermaßen gestärkt, gab man sich für 1970 ein Aktionsprogramm, die „Formel 70“, und legte sich auch eine eindeutige Koalitionsaussage fest – was sich als Fehler erwies. Die FPÖ versprach den Wählern „kein roter Bundeskanzler, kein schwarzes Österreich“. Man hatte diese Aussage gewählt, um der ÖVP-Propaganda entgegenzuwirken, die in dem Slogan gipfelte: Die Dritte Kraft den roten Kanzler schafft.



Tassilo Broesigke

Die SPÖ erreichte mit 81 Mandaten erstmals die relative Mehrheit. Als noch in der Wahlnacht Bundeskanzler Klaus seitens der ÖVP eine Koalition mit der FPÖ ausschloß, war für die SPÖ der Weg zur „Ära Kreisky“ frei. Von der ÖVP zurückgestoßen, nutzte Peter die Lage aus, um die Situation der FPÖ langfristig zu verbessern.



Friedrich Peter u. Bruno Kreisky: Die freiheitliche Duldung der SPÖ-Minderheitsregierung brachte die „kleine Wahlrechtsreform“.

	VP	SP	FP	KP	DFP
NATIONALRATSWAHL 1970					
MANDATE					
4. Oktober 70	78	82	5	—	—
1. März 70	(79)	(81)	(5)	(—)	(—)
6. März 66	(85)	(74)	(6)	(—)	(—)

Ergebnis der Nationalratswahl 1970, bei der die FPÖ vorerst 5 Mandate erzielte. Nach erfolgreicher Anfechtung des Wahlergebnisses und einer Nachwahl erreichte die FPÖ 6 Mandate.

SPÖ und FPÖ einigten sich über das Budget, dafür beschloß der Nationalrat die sogenannte „kleine Wahlrechtsreform“. Sie reduzierte die Anzahl der Wahlkreise von 25 auf 9 und die Anzahl der Wahlkreisverbände von 165 auf 183. Dieses Verhältniswahlrecht sichert auch kleinen Parteien und Gruppierungen eine angemessene Vertretung im österreichischen Parlament. Bereits am 10. Oktober 1971 wurde die erste Nationalratswahl nach dem neuen Wahlrecht geschlagen. Die FPÖ erreichte nicht ihre 5,5 % aber 10 Mandate statt – wie bisher – sechs.

Die „kleine Wahlrechts- reform“

Der Umbruch auf der innenpolitischen Szenerie Österreichs zu Beginn der siebziger Jahre fand seine Entsprechung auch in Reformbemühungen innerhalb der FPÖ. Auf Anregung von Parteiobmann Friedrich Peter wurde im Jänner 1971 von jungen, ausgesprochen liberal orientierten Intellektuellen, zu denen auch der Kreis um den späteren Parteiobmann Norbert Steger zählte, der Attersee-Kreis gegründet. Zusammen mit einem Arbeitskreis unter Dr. Broesigke beschäftigte sich dieser Attersee-Kreis zu allererst mit einer Interpretation des Bad-Ischler-Programms. Das am 6. September 1972 beschlossene „Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik“ ersetzte in der Folge zwar keineswegs das Parteiprogramm, ist aber bis zur Erneuerung der programmatischen Grundlagen im Jahre 1985 eine zeitgemäße Erläuterung und Ergänzung, wobei die Umweltpolitik bereits breiten Raum einnahm. Außerdem kamen SPÖ-Chef Bruno Kreisky und Friedrich Peter überein, die Bildungsarbeit der politischen Parteien, die im österreichischen Parlament vertreten sind, staatlich zu fördern. Das Bundesgesetz vom 9. Juli 1972 führte zur Gründung des Freiheitlichen Bildungswerkes, der politischen Akademie der FPÖ, die am 14. Oktober 1972 erfolgte.

„Freiheitliches Manifest zur Gesellschafts- politik“

An politischen Erfolgen hatte die FPÖ, die seit Herbst 1971 wieder in Opposition zur SPÖ-Alleinregierung stand vor allem einen zu verbuchen. Am 24. April 1973 wurde Alexander Götz aufgrund einer Koalition mit der Volkspartei Grazer Bürgermeister. Er behielt dieses Amt in der zweitgrößten Stadt des Landes durch zehn Jahre. Gleichzeitig kam es auch in der Kärntner Landeshauptstadt Klagenfurt zur einer „bürgerlichen“ Koalition zwischen Volkspartei und Freiheitlichen, die bis heute hält.



Friedrich Peter und Alexander Götz am Bundesparteitag 1978

Auch im Bereich der Bundespolitik konnten die Freiheitlichen bei den Nationalratswahlen von 1975 ihren Mandatsstand von 10 Mandaten halten. Die Kontrollarbeit und der politische Kampf der FPÖ gegen Mißstände jeder Art erfuhr in der Folge eine weitere Aufwertung: Gustav Zeillinger zog als Vertreter der FPÖ in die Volksanwaltschaft ein. Im Jahre 1983 folgte ihm Helmuth Josseck in dieser Funktion, der seinerseits Ende der achtziger Jahre von Horst Schender abgelöst wurde.

Parteibmann Alexander Götz

Nach zwei Jahrzehnten Obmannschaft wurde Friedrich Peter im Jahre 1978 als Parteichef abgelöst. Nicht zuletzt wegen seines großen Wahlerfolges bei den Grazer Gemeinderatswahlen (24 %). Im Jahre 1978 wurde am 14. ordentlichen Bundesparteitag Alexander Götz in Wien-Oberlaa zum neuen FPÖ-Obmann gewählt. Götz schlug einen erfolgreichen Nationalratswahlkampf im Jahre 1979. Am 6. Mai dieses Jahres gewann die FPÖ ein Mandat und erzielte beträchtliche Stimmengewinne. Noch im gleichen Jahr wurde Botschafter Dr. Willfried Gredler zum Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl bestimmt. Er konnte am 18. Mai 1980 751.400 Stimmen, das waren 17 Prozent der abgegebenen Stimmen, erzielen. Gredler vertrat die Meinung, daß der Bundespräsident eine aktivere Rolle spielen sollte. In seiner zweiten Funktionsperiode als Bundespräsident hat Rudolf Kirchschläger tatsächlich dieser Anregung Gredlers verstärkt Folge geleistet. Unter der Obmannschaft von Alexander Götz reüssierte die FPÖ auch international. Sie wurde Mitglied der „Liberalen Internationale“ (LI).



Norbert Steger

Alexander Götz resignierte als Parteibmann am 1. Dezember 1979. Die beiden großen Funktionen, Parteichef und zugleich Bürgermeister von Graz zu sein, ließen sich auf die Dauer nicht leicht vereinen, zumal Götz sich nicht von allen Seiten optimal unterstützt sah. Nachdem er sich seinen Wählern in Graz besonders verpflichtet fühlte, behielt er die Bürgermeisterfunktion bei. Mit der Führung der Partei wurde der Landesparteibmann von Oberösterreich Horst Schender beauftragt, der zudem die Vorbereitungen für den außerordentlichen Bundesparteitag zu treffen hatte, auf dem ein neuer Obmann gewählt werden sollte. Bewerber für das höchste Parteiamt waren der niederösterreichische Landesparteibmann Harald Ofner und der Wiener Landesparteibmann Norbert Steger. Letzterer siegte mit knapper Mehrheit und konnte sich als neuer Parteichef wenig später als Vorsitzender des parlamentarischen AKH-Untersuchungsausschuß profilieren.

Die Ära Norbert Steger



Justizminister Harald Ofner bei der Suchtgiftenquete 1984

Die neue Parteiführung hatte sich nach eigenen Aussagen das Ziel gesetzt, aus der nationalliberalen FPÖ eine „lupenrein liberale“ Partei zu machen und damit einen „Wähler austausch“ bewerkstelligen zu können. Der Begriff „liberal“ war dabei im internationalen Sprachgebrauch aber keineswegs eindeutig definiert: In den angelsächsischen Ländern gelten z.B. Linksliberale als „liberals“, während das Gedankengut des klassischen Liberalismus als „neokonservativ“ bezeichnet wird. Auch unter den europäischen Liberalen gibt es große Differenzen; die nationalliberalen Wurzeln sind bei vielen Parteien deutlich erkennbar (z.B. in Italien oder neuerdings in den Ländern des Ostens).

Als am 24. April 1983 wieder Nationalratswahlen geschlagen wurden, bekam die FPÖ prompt die Rechnung für diesen Kurswechsel präsentiert. Obwohl es Norbert Steger mittels der seltsamen Zufälle der Wahlarithmetik glückte, mit dem schlechtesten Wahlergebnis seit der Gründung der Partei, mit 4,9 % der Wählerstimmen nämlich, die bis 1983 höchste Anzahl von 12 Mandaten zu erlangen, war die Zukunft der FPÖ höchst ungewiß. Zwar konnten sich einzelne freiheitliche Abgeordnete, etwa Holger Bauer als Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses um die Vorkommnisse rund um die Wohnbaugenossenschaft Ost (WBO) oder die mutige AKH-Untersuchungsrichterin Helene Partik-Pablé im Sinne der freiheitlichen Kontrollfunktion profilieren, die auf die Nationalratswahl von 1983 folgende Regierungsbeteiligung sollte der Partei aber massiven Schaden bringen.



Die freiheitlichen Regierungsmitglieder in der FPÖ/SPÖ-Koalition 1983–1986

Die SPÖ hatte ihre absolute Mehrheit verloren, und war somit bereit, die von Bruno Kreisky und Friedrich Peter vorbereitete kleine Koalition mit den Freiheitlichen einzugehen. Innerhalb nur eines Monats einigten sich FPÖ und SPÖ. Die kurze Verhandlungsdauer der FPÖ mit den Sozialisten war für die Freiheitlichen nicht unbedingt von Vorteil: wie die spätere Entwicklung zeigen sollte, war der freiheitliche Partner einfach zu schwach für die Koalitionsehe mit der SPÖ und konnte zu wenig eigene Vorstellungen durchsetzen. Die Freiheitlichen stellten in der rot-blauen Regierung in der Person von Parteiobmann Norbert Steger, Friedhelm Frischenschlager und Harald Ofner drei

Die sozial-liberale Koalition

Minister, sowie in der Person von Mario Ferrari-Brunnenfeld, Holger Bauer und Gerulf Murer drei Staatssekretäre.

Überdies sollte wieder ein Freiheitlicher in das Nationalratspräsidium aufrücken. Ursprünglich war Friedrich Peter im Gespräch, der wegen seiner Vergangenheit als SS-Offizier, trotz erwiesener persönlicher Unschuld, dem medialen Druck weichen mußte. Dennoch wurde zum zweiten Mal in der Zweiten Republik ein Vertreter des nationalliberalen Lagers zum Dritten Nationalratspräsidenten gewählt. Die Wahl fiel auf Dr. Gerulf Stix, den FPÖ-Landesparteiboss von Tirol.

Nur Mehrheits- beschaffer für die SPÖ?

Die am 24. Mai 1983 ins Amt eingetretene rot-blaue Regierung hatte keine leichte Aufgabe vor sich. Sie mußte verhindern, daß das Budgetdefizit die Hundert-Milliarden-Schilling-Grenze überschritt, daß die Pensionsversicherung unfinanzierbar wurde und daß sich die Lage im Bereich der Verstaatlichten Industrie noch hoffnungsloser entwickelte, und vieles andere mehr. Es waren zweifellos unpopuläre Maßnahmen erforderlich, um diese Probleme auch nur einigermaßen in den Griff zu bekommen. Die freiheitliche Handschrift in der Politik des Kabinetts Sinowatz-Steger war aber offensichtlich einfach zu schwach. In breiten Bevölkerungskreisen wurde die Regierungseteiligung der FPÖ größtenteils als Hilfestellung zur Fortsetzung der sozialistischen Politik gewertet. Demgemäß zeigten die Ergebnisse der Regionalwahlen in der Zeit der freiheitlichen Regierungsbildung katastrophale Ergebnisse: in sechs von neun Bundesländern verlor die FPÖ bis zur Hälfte ihrer Stimmen. Zweifellos handelte es sich dabei um eher national orientierte Wähler, die sich durch Stegers Politik nicht mehr vertreten fühlten. Zusätzlich war es die Zusammenarbeit einer ihrer eigenen Erklärungen nach ausschließlich liberalen FPÖ-Führung mit den Sozialisten, die von vielen traditionellen FPÖ-Wählern abgelehnt wurde. Neue Wählerschichten konnte man als Ausgleich für diesen Vertrauensentzug nicht erobern. Die freiheitliche Parteiführung um Norbert Steger ging von der Überlegung aus, daß man sich in der ersten Periode dem Koalitionspartner anpassen müsse, um die Legislaturperiode zu überdauern. Dadurch könne man sich etablieren und werde in der zweiten Periode erst einmal anfangen, seine eigenen Ideen einzubringen. Für eine Kleinpartei mit 5 %, die ums Überleben zu kämpfen hatte, war dies naturgemäß eine überaus riskante Strategie.

FPÖ-Erfolge in der Regierung

Dennoch kann den freiheitlichen Regierungsmitgliedern in den Jahren zwischen 1983 und 1986 ein teilweise doch auch von Erfolgen gekröntes Bemühen nicht abgesprochen werden. Vizekanzler und Handelsminister Norbert Steger setzte einige wirtschaftliche Impulse von Bedeutung: er erarbeitete ein neues Förderungskonzept für die mittelständische Wirtschaft und für den Fremdenverkehr. Die Freiheitlichen vermochten die Zinsertragssteuer damals auf ein Drittel zu reduzieren. Weiters verhinderten sie eine höhere Besteuerung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes, sowie der Überstunden und Abfertigungen. Justizminister Harald Ofner vermochte durch praxisorientierte Rechtspolitik, das freiheitliche Wahlversprechen „schneller und einfacher zum Recht“ zu kommen, einzulösen. Und Friedhelm Frischenschlager sowie seinem Nachfolger Helmut Krünes gelang es, als Verteidigungsminister ein solides Vertrauensverhältnis zur Jugend aufzubauen und das österreichische Bundesheer zwischenzeitlich aus seinem Schattendasein herauszuholen. Auch die Tätigkeit der Staatssekretäre Holger Bauer und Gerulf Murer konnten in ihren jeweiligen Ressorts manchen Erfolg verbuchen. Bauer vermochte entscheidende Beiträge zur Budgetsanierung zu leisten, Murer konnte die Ausweitung von landwirtschaftlichen Alternativproduktionen forcieren. Die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf unterblieb nicht zuletzt wegen des Widerstandes der FPÖ. In manchen Ansätzen war durch die freiheitliche Regierungsbeteiligung also ein politisches Umdenken im Lande festzustellen: marktwirtschaftliche Prinzipien, Leistungsdenken und Eigeninitiativen begannen sich verstärkt durchzusetzen.



Friedhelm Frischenschlager und Dr. Gerulf Stix, die Vorsitzenden der Programmkommission

Letztendlich aber war die sozialistische Dominanz in dieser kleinen Koalition zu stark, und die Durchschlagkraft der freiheitlichen Regierungsmannschaft zu schwach.

Eine erste Konkurrenz des innerparteilichen Kurses von Norbert Steger gab es im Zuge der Diskussionen um das neue FPÖ-Parteiprogramm. Die Programmdiskussion, die ja nach Absicht der Parteiführung zu einem „lupenrein liberalen Programm“ führen hätte sollen, setzte das Verhältnis zwischen dem historisch gewachsenen nationalliberalen Lager und der FPÖ einer neuen Belastung aus. Unmutsäußerungen aus der Parteibasis, aber auch das entschiedene Eintreten von Parteifunktionären, wie etwa des jungen oberösterreichischen Abgeordneten Norbert Gugerbauer oder der Kärntner Vertreterin in der Programmkommission, Kriemhild Trattinig, führten schließlich dazu, daß auf dem Sonderparteitag im Juni 1985 in programmatischer Hinsicht ein solider Kompromiß zwischen liberalen und nationalen Vorstellungen verabschiedet wurde, der viel der Federführung von Gerulf Stix verdankt.

Ausgehend vom zentralen Begriff der Freiheit hat sich damit die FPÖ das modernste Parteiprogramm im österreichischen Parteienspektrum gegeben, das in inhaltlicher Hinsicht als umfassendes nationalliberales Programm gewertet werden kann.

Die etablierten Medien des Landes waren trotz des Anpassungskurses von Norbert Steger keineswegs Verfechter freiheitlicher Ideale geworden. Daher konnte sich auch die neue freiheitliche Regierungsbeteiligung keineswegs der medialen Gunst erfreuen: Während es etwa im Bereich der SPÖ und der ÖVP handfest Korruptionsskandale gab und die durch Jahrzehnte geübte Parteibuchwirtschaft ihre ungebrochene Fortsetzung fand, konnte man dies den mitregierenden Freiheitlichen kaum vorwerfen. Wohl um hier auch die FPÖ in den Skandal-Reigen einzubeziehen wurde daher der Handschlag von Verteidigungsminister Frischenschlager mit dem aus langjähriger Kriegsgefangenschaft nach Österreich heimkehrenden ehemaligen Major der Waffen-SS Reder im Jänner 1985 von den Medien zum Skandal aufgebauscht.

Frischenschlager gab zwar dem Druck nicht nach, die unqualifizierten Angriffe machten die Koalition bei den Kernwählerschichten aber nicht populärer. Auch die sogenannte „Affäre Waldheim“ brachte freiheitliche Sympathisanten dazu, die Solidarität mit der eigenen Partei zu lockern. Von den meisten Bürgern wurde es nämlich als Zugeständnis an den sozialistischen Koalitionspartner gewertet, daß die Freiheitlichen bei den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1986 keinen eigenen Kandidaten aufstellten. Der Großteil der freiheitlichen Sympathisanten entschied sich allerdings keineswegs für den empfohlenen sozialistischen Kandidaten, sondern für den international wegen seiner Kriegsvergangenheit angefeindeten ÖVP-Kandidaten Kurt Waldheim. Damit wäre für einen Teil des nationalliberalen Wählerpotentials wohl die Hemmschwelle überschritten gewesen, um im Falle einer weiteren Obmannschaft Norbert Stegers bei folgenden Nationalratswahlen die Volkspartei zu wählen. Meinungsforscher und politische Beobachter waren sich jedenfalls einig, daß die Freiheitlichen um die Jahresmitte 1986 bei kaum mehr als 3 Prozent der Wähler gestanden seien.

Das modernste Parteiprogramm Österreichs

Die „Reder-Affäre“

Die „Waldheim-Kampagne“



„Österreich politisch erneuern“ lautet die Devise Jörg Haiders

DER WEG ZUR MITTELPARTEI



Parteiohmann Jörg Haider betrieb ab 1986 mit der FPÖ eine kantige Oppositionspolitik

Der totale Verfall der FPÖ hinsichtlich der Wählersympathien am Ende der Ära Steger war der Grund dafür, weshalb einzelne regionale Gliederungen der FPÖ ihre jeweiligen Kommunal- oder Landtagswahlkämpfe zunehmend versuchten, eigenständig, ohne Unterstützung der Bundesparteispitze zu führen. Am erfolgreichsten war man wohl diesbezüglich in Kärnten, wo Jörg Haider nach dem Abgang Mario Ferrari-Brunnenfelds als Staatssekretär nach Wien, die Funktion des Landesrates für Tourismus und Gewerbe und in der Folge auch die Landesparteiobmannschaft übernommen hatte. Im Wahlkampf für die Landtagswahlen vom Herbst 1984 verstand es die Kärntner Landesgruppe der FPÖ, sich als durchaus eigenständige Kraft zu profilieren und erlangte mit 16 % ein für die damaligen Verhältnisse überraschend gutes Ergebnis. Jörg Haider selbst, der sich zwischen 1979 und 1983 im Nationalrat als Sozialsprecher und dynamischer Jungabgeordneter zu profilieren vermochte, überraschte seine Kritiker, indem er hohe Sachkompetenz als Fremdenverkehrslandesrat entwickelte. Selbst als die sozialistisch dominierte Landesregierung nach den Landtagswahlen von 1984 den Kärntner FPÖ-Chef mit einem Referatswechsel in der Regierung „zu bestrafen versuchte“, konnte er sich als Straßenbaureferent ebenso rasch einarbeiten und durch sachpolitische Leistungen auszeichnen.

**Erfolgreiche
Kärntner FPÖ**

Speziell im Jahre 1986 spitzte sich der Konflikt zwischen der FPÖ-Bundesparteispitze mit Norbert Steger und einzelnen Bundesländer, insbesondere Kärnten, dramatisch zu. Zeitweise sah es sogar so aus, als würde sich Jörg Haider und die Kärntner Landesgruppe zu einer „CSU-Lösung“, zu einer gewissen Abkoppelung von der Bundespartei entschließen. Die treibenden Kräfte hinsichtlich einer radikalen Umorientierung der

FPÖ-Politik waren die Kärntner, die Oberösterreicher und die Grazer Freiheitlichen. Dabei stand der erfolgreiche Kärntner Parteichef, der immer populärer wurde, im Mittelpunkt vieler Spekulationen.



Einigungsversuche mit Norbert Steger scheiterten

Eine Landesobmännerkonferenz in Salzburg versuchte noch einmal einen Kompromiß zustande zu bringen. Nachdem sich aber in der Bundespartei nichts besserte, ergriffen die oberösterreichischen Freiheitlichen die Initiative, um eine Reform der Parteispitze zu bewerkstelligen. Insbesondere der oberösterreichische Partei-Aufsteiger Norbert Gugerbauer sollte in der Folge beim Obmannwechsel am Innsbrucker Parteitag eine wesentliche Rolle spielen. Parteiobmann und Vizekanzler Norbert Steger ging in den Bundesparteitag der FPÖ im September 1986 mit der Devise „Garant für eine Fortsetzung der fruchtbaren Regierungskoalition“ mit der SPÖ zu sein. Sein Gegenspieler Jörg Haider sei hingegen die Garantie für den Gang der Partei in die Opposition. Dies erschien ihm genug, um die Mehrheit der Parteitagsdelegierten auf seine Seite zu bringen.

Haider kontra Steger



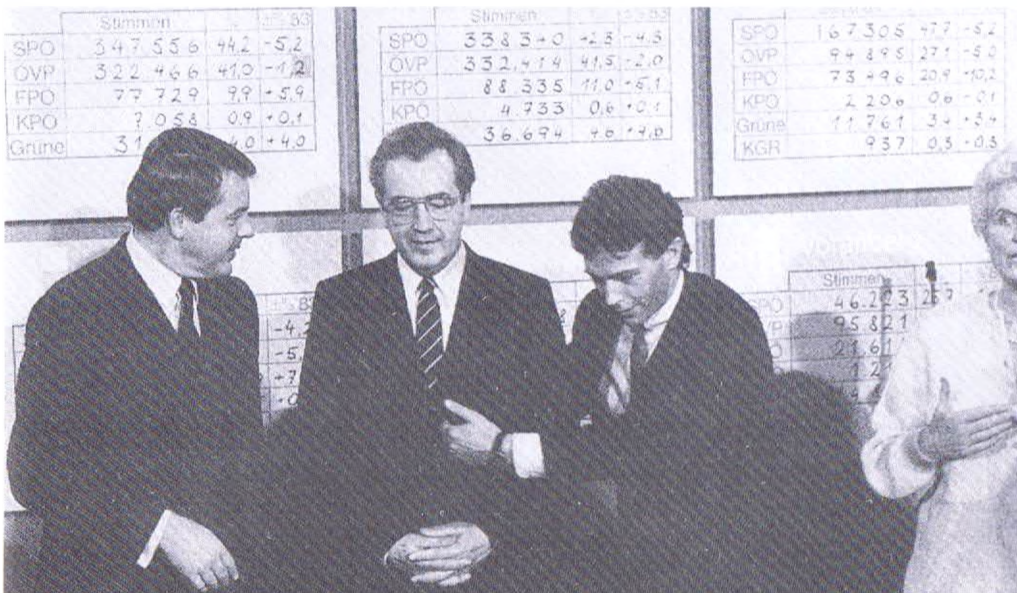
Der Innsbrucker Parteitag brachte den Umschwung

Am 13. September 1986 war es dann in Innsbruck soweit. Versuche, einen Kompromißkandidaten zwischen Steger und Haider in den Kampf zu schicken, scheiterten. Mit nahezu 58 % der Delegiertenstimmen gewann Jörg Haider die Wahl gegen den amtierenden Parteiboss, der noch dazu Vizekanzler und Minister war. Damit hatte sich in der österreichischen Parteienlandschaft ein Umbruch vollzogen. Österreichs Dritte Kraft, die sich seit Jahren, zumindest außerhalb Kärntens, von Wahlschlappe zu Wahlschlappe geschleppt hatte, und von politischen Beobachtern bereits totgesagt wurde, hatte einen neuen Anfang gesetzt. Nicht das von Steger-Anhängern prophezeite Auseinanderbrechen der FPÖ war das Ergebnis dieses Innsbrucker Parteitages, sondern ein starker Neubeginn unter Jörg Haider.

Der Neubeginn von Innsbruck

Bereits unmittelbar nach dem Obmannwechsel in Innsbruck setzte eine breit angelegte Diffamierungskampagne der etablierten Medien und der alten politischen Parteien gegen Jörg Haider und die erneuerte FPÖ ein. Der Parteiboss selbst wurde einmal als „bedenkenloser Populist“ dargestellt, dann wieder als „Rechtsextremist“. Diese Versuche, Jörg Haider und die Freiheitlichen auszugrenzen, sollten nahezu die ganze Legislaturperiode zwischen 1986 und 1990 anhalten. Sie erwiesen sich allerdings für die politischen Gegner der Freiheitlichen als kontraproduktiv, da die ständigen medialen Angriffe dem neuen FPÖ-Chef nur zu einem sehr hohen Bekanntheitsgrad verhelfen.

Haider-Diffamierung



Die Nationalratswahl 1986 brachte einen Erdrutschsieg für die FPÖ

Die Nationalratswahlen vom 23. November 1986 bewiesen schließlich mit dem Erdrutschsieg der FPÖ unter Jörg Haider, daß die österreichische Innenpolitik im Begriffe war, sich dramatisch zu verändern. Nahezu zehn Prozent und 18 Mandate vermochten die Freiheitlichen zu gewinnen. Die Reaktion der alten Parteien bestand in einer Neubildung der bereits in den sechziger Jahren gescheiterten großen Koalition. Dies bedeutete naturgemäß eine Erneuerung des rot-schwarzen Parteienproporz und der Parteibuchwirtschaft, und gab den Freiheitlichen in ihrer wiederum neuen Rolle als Oppositionspartei Gelegenheit, dagegen medienwirksam Sturm zu laufen. Tatsächlich vermochte sich Jörg Haider mit den Freiheitlichen nach 1986 als durchschlagskräftiger Vertreter des Bürgerprotests gegen politischen Filz und Korruption zu profilieren.

Der Wahlerfolg von 1986

Mit einer Verdoppelung der freiheitlichen Stimmen auf nahezu 500.000 begann die erneuerte FPÖ ihren Weg zur Mittelpartei.

Nun kam es zu einer Serie von Regionalwahlsiegen der Freiheitlichen. Bereits am 21. September 1986, also eine Woche nach dem Innsbrucker Parteitag, fanden in der Stei-

Regional- wahlsiege

ermark Landtagswahlen statt, die bereits im Zeichen Jörg Haiders standen. Obwohl man angenommen hatte, daß die Freiheitlichen ihre beiden Mandate verlieren und aus dem Landtag "fliegen" würden, schafften sie es noch einmal. Überraschenderweise errangen sie in der Obersteiermark, wo sie im krisengeschüttelten Industriegebiet konsequent für eine radikale Sanierung der Verstaatlichten Industrie eingetreten waren, ihr Grundmandat. Der neue Optimismus innerhalb der Parteibasis nach der Übernahme der Bundesparteiobmannschaft durch Jörg Haider war bereits spürbar.

Mehr als ein Jahr nach dem Führungswechsel von Innsbruck sollten dann die burgenländischen Landtagswahlen vom 4. Oktober 1987 zu einer ersten wirklichen Nagelprobe für die innerparteiliche Erneuerung und für Jörg Haider selbst werden. In Österreichs östlichem Bundesland, wo man seit langen Jahren nicht im Landtag vertreten war, erreichten die Freiheitlichen gleich drei von 36 Mandaten. Obwohl der Versuch, einen sozialistischen Landeshauptmann durch eine Zusammenarbeit mit der Volkspartei zu verhindern, unter mysteriösen Umständen mißlang, konnte sich die FPÖ auch im östlichsten Bundesland als landespolitischer Faktor etablieren.



Der triumphale Wahlerfolg vom 12. März 1989 machte die Freiheitlichen zur bestimmenden Kraft in Kärnten

Die Wiener Landtagswahlen vom 8. November 1987 waren zwar von einem großen Nichtwähleranteil geprägt, brachten aber wiederum einen überragenden Erfolg der Freiheitlichen. Acht Mandate und ein Stadtrat gingen an die FPÖ. Den Stadtratsposten bekleidete Rainer Pawkowicz, Klubobmann blieb weiterhin Erwin Hirnschall. Neben dem Sitz im Stadtsenat bekamen die Freiheitlichen erstmals einen Sitz im Bundesrat, in der Länderkammer des Parlaments.

Den Höhepunkt von freiheitlichen Regionalwahlsiegen brachte aber der 12. März 1989. In Tirol, Salzburg und Kärnten verbuchte die FPÖ spektakuläre Gewinne. Die Furcht der alten Parteien vor den Erfolgen Jörg Haiders und der Freiheitlichen war so groß, daß man die Landtagswahlen in diesen drei Bundesländern zusammenlegte, um den dynamischen Oppositionsführer in seinem Wahlkampf zu behindern. Dennoch vermochten die Freiheitlichen in Salzburg mehr als 40.000 Stimmen und 6 Landtagsmandate zu erlangen. Sie erreichten damit wieder einen Sitz in der Landesregierung, den seither der Installateurmeister Volker Winkler einnimmt. In Tirol wählten mehr als 58.000 Bürger die FPÖ, die seitdem mit 5 Mandaten im Landtag sitzt. In Kärnten schließlich wurde man mit nahezu 30 Prozent der Stimmen zur zweitstärksten Partei im Land. Elf Abgeordnete stellen die Freiheitlichen seitdem im Klagenfurter Landtag und mit Kriemhild Trattinig haben die Freiheitlichen auch die Funktion der Dritten Landtagspräsidentin inne. Der größte Erfolg jedoch war es, daß es mit Hilfe der Volkspartei

Der 12. März 1989

gelang, Jörg Haider in Kärnten zum Landeshauptmann zu wählen. Damit erhielt die erneuerte Freiheitliche Partei Gelegenheit, in einem Bundesland ihre Erneuerungspolitik in die Realität umzusetzen.



Jörg Haider als Kärntner Landeshauptmann

Tatsächlich entwickelt sich Kärnten seitdem zu einem Modell für Österreich: im Bereich des Privilegienabbaus wurden einschneidende Maßnahmen gesetzt. Die Parteienallmacht wurde wirksam beschnitten und die Herrschaft des Parteibuches durch ein Objektivierungsmodell für den Öffentlichen Dienst ausgeschlossen. Einschneidende Reformen im Bereich der Landwirtschaftspolitik und wesentliche Impulse für die industrielle Entwicklung, sowie für das Zusammenleben zwischen deutschkärntner Mehrheit und slowenischer Minderheit im Lande bildeten weitere Maßnahmen. Insgesamt bewiesen die Freiheitlichen unter Jörg Haider in Kärnten, daß sie keineswegs nur in der Lage sind „Sprüche zu klopfen“, wie dies politische Gegner immer wieder behaupteten, sondern daß sie vielmehr konkrete Erneuerungspolitik zu betreiben vermögen.

Modell Kärnten

Landeshauptmann Jörg Haider

Am 8. Oktober 1989 kam es schließlich noch in Vorarlberg zu Landtagswahlen, wo die Freiheitlichen nahezu 29.000 Stimmen und sechs Mandate erlangten. Auch hier stellten sie weiterhin mit Hans-Dieter Grabher ein Mitglied der Landesregierung. Als Ergebnis dieser Regionalwahlen konnte Jörg Haider seine Freiheitlichen in knapp einer Legislaturperiode in alle Landtage hineinbringen. Dadurch konnte er sie zum großen Teil wieder in Regierungsverantwortung katapultieren und gleichzeitig eine starke Bundesratsfraktion ins Leben rufen.

Noch vor dem Villacher Parteitag im Herbst 1988, bei dem Jörg Haider mit beeindruckender Mehrheit als Obmann bestätigt wurde, leitete er eine groß angelegte Reorganisation der Partei ein. Erklärtes Ziel Jörg Haiders und seiner Mitstreiter war es dabei, die organisatorischen Voraussetzungen für den damals bereits so erfolgreichen angetretenen Weg zur Mittelpartei zu schaffen. Daß in diesem Sinne die Öffnung der FPÖ hin zu neuen Wählerschichten, sowohl in den handelnden Personen, als auch im Organisationskonzept insgesamt, ihren Niederschlag finden müssen, stand bereits damals außer Zweifel. Die beiden neuen Generalsekretäre Heide Schmidt und Mathias Reichhold standen für diese Öffnung. Schmidt deckte den eher urbanen, liberal akzentuierten Wählerbereich ab, Reichhold stand für das freiheitliche Werben um den fleißigen, leistungsorientierten und aufstrebenden jungen Österreicher.

Die neue Parteispitze

Den Nationalratsklub führte Jörg Haider bis zum Sommer 1989, als er in der Folge seiner Berufung zum Kärntner Landeshauptmann aus dem Parlament ausschied, selbst. Ihm zur Seite stand als eine Art „Klubdirektor“ der parlamentarische Routinier Friedrich Frischenschlager. Gerulf Stix war auch nach den Nationalratswahlen vom 23. Oktober 1986 wiederum zum Dritten Präsidenten des Nationalrates gewählt worden. Norbert Gugerbauer, der in den ersten Jahren der Legislaturperiode die Funktion des Generalsekretärs ausgeübt hatte, übernahm nach Haiders Wechsel in die Landesregierung überaus erfolgreich die Funktion des Klubobmannes im Nationalrat. Mit Helene Partik-Pablé, Klara Motter und Karin Praxmarer arbeiteten auch drei engagierte Damen in der blauen Parlamentsriege. Der Kärntner Alois Huber, der Niederösterreicher Hintermayr und der Steirer Gerulf Murer vertraten das bäuerliche Element. Helmut Krünes, der

Erfolgreiche Opposition im Nationalrat

in der Folge aus der Politik ausschied, Harald Ofner und Holger Bauer (Chef des Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender) aber auch der Salzburger Helmut Haigermoser und der Kärntner Herbert Haupt waren weitere Stützen des freiheitlichen Nationalratsklubs in der Legislaturperiode zwischen 1986 und 1990. Insbesondere die Untersuchungsausschüsse um die Lucona-Affäre, den Noricum-Skandal und den Milchwirtschaftsfonds boten den freiheitlichen Parlamentariern Gelegenheit, sich zu profilieren.



Mit Norbert Gugerbauer, Heide Schmidt und Mathias Reichhold verfügte Jörg Haider über eine kompetente Führungsmannschaft



Die FPÖ spricht neue Wählerschichten an

Der Weg der FPÖ zur Mittelpartei war begleitet von der Erschließung neuer Wählerpotentiale. Untersuchungen, die insbesondere die politischen Gegner der FPÖ anstellten, erwiesen, daß die neuen FPÖ-Sympathisanten weitaus jünger sind als jemals zuvor. Im Vergleich zur Gesamtwählerschaft ist die Gruppe der 20- bis 29-jährigen in der neuen FPÖ-Klientel überdurchschnittlich vertreten. Der Bereich der leistungswilligen Aufsteiger vom Facharbeiter bis zum Jungakademiker ist immer stärker im Wählerspektrum der FPÖ vertreten. Überdies vermochte speziell Jörg Haider natürlich auch eine breite Schicht von Protestwählern anzusprechen, die als kritische Bürger für eine Erneuerung des heimischen politischen Systems eintreten. Ganz abgesehen aber von den neuen Wählerschichten vermochte die erneuerte FPÖ seit 1986 auch ihre Stammwäh-

lerschaft wieder verstärkt zu mobilisieren. Jener Kern des nationalliberalen Lagers, dem die Reforminitiativen des FPÖ-Chefs, seine Anstöße zum Privilegienabbau und sein Kampf gegen die Parteibuchwirtschaft durchaus auch ein zentrales Anliegen sind, empfindet insbesondere seine klare Haltung in der Frage der nationalen Identität und des ethnischen Bekenntnisses als Garantie für die Weiterführung der traditionellen nationalliberalen Inhalte des Dritten Lagers.

Die inhaltlichen Diskussionen des „Bedenkjahres“ 1988 bildeten in diesem Zusammenhang für die Freiheitlichen unter Jörg Haider eine Nagelprobe. Obwohl man seitens der neuen FPÖ-Führung und seitens des Parteiobmannes die Tragödie des Jahres 1938 und seiner Folgen keineswegs verniedlichte, betonte man, daß sich die Freiheitlichen den eigenen historischen Traditionen nicht entfremden lassen wollten. Den Höhepunkt dieser Diskussion bildete die Aussage Jörg Haiders in den „Sommergesprächen“ des ORF-„Inlandsreports“, wonach der Begriff „österreichische Nation“ eine „ideologische Mißgeburt“ darstelle, weil es sich bei ethnischen und staatlichen Strukturen um zwei verschiedene Ebenen handle. Jörg Haider meinte dazu, wenn es „einem Kärntner Slowenen erlaubt ist, sich als Angehöriger des slowenischen Volkes zu fühlen, und dennoch ein guter Österreicher zu sein, wenn es einem Fred Sinowatz gestattet ist, sich als Kroat zu fühlen und doch als guter Österreicher, so muß es einem Jörg Haider erlaubt sein, sich als Angehöriger der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft zu fühlen und dennoch ein guter Österreicher sein zu dürfen.“

Die Medienkampagne, die sich im Anschluß an diese Äußerungen gegen den FPÖ-Chef entfaltete, endete im Endeffekt überaus positiv für den Oppositionsführer. Er erhielt in diesem Zusammenhang eine Vielzahl von positiven Äußerungen aus der Bevölkerung und vermochte auch in breitenwirksamen Fernsehsendungen (Club 2) überzeugend für den freiheitlichen Standpunkt zu argumentieren.

Die Nationalratswahlen vom 7. Oktober 1990 brachten schließlich den Beweis, daß die Freiheitliche Partei unter ihrem Parteiobmann Jörg Haider zur Mittelpartei geworden ist. Mit nahezu 17 Prozent der Wählerstimmen und 33 Mandaten sind die Freiheitlichen nun eine politische Gruppierung, die sowohl ein ernstzunehmender Koalitionspartner für jegliche Regierungszusammenarbeit wäre, als auch als Oppositionspartei über alle Möglichkeiten im Nationalrat verfügt. In Kärnten gelangt es den Freiheitlichen sogar über 30 Prozent der Wählerstimmen zu erlangen, in Salzburg immerhin nahezu 21 %, relativ am schwächsten blieb man in Niederösterreich und im Burgenland, wo man 12 bzw. 11 % der Wählerstimmen erhielt.

Das „Bedenkjahr 1988“ und die Nations-Debatte

Der Wahltriumph vom 7. Oktober 1990



Der Nationalratsklub

Die Nationalratswahlen vom Oktober 1990 zeitigten im Grunde bereits das Ende des seit 1945 existierenden Zweiparteiensystems. Die bipolare einander in rot-schwarzer Proporzpartnerschaft verbundene Parteienlandschaft der Zweiten Republik und die „Geheimregierung“ der Sozialpartnerschaft in ihrer bisherigen Form waren damit deutlich in Frage gestellt. Wenn man die starke freiheitliche Opposition, die Wähler der Grünalternativen und die Verweigerer, also Nichtwähler, zusammenzählte, konnte man erkennen, daß die beiden alten Parteien und damit eine rot-schwarze Proporzkoalition kaum mehr die Zweidrittelmehrheit der österreichischen Bevölkerung hinter sich hatte.

Diese Tatsache dürfte für die Strategen in den roten und schwarzen Parteisekretariaten wohl auch der Anlaß gewesen sein, den erfolgreichen Oppositionsführer Jörg Haider, der gleichzeitig Regierungsverantwortung in Kärnten zeigte, wie die Erneuerungspolitik der FPÖ konkret aussehen sollte, politisch zu „liquidieren“. Spätestens im Frühjahr des Jahres 1991 scheint sich das politische und mediale Establishment Österreichs darauf geeinigt zu haben, einen Anlaß zu suchen um Jörg Haider vom Stuhl des Kärntner Landeshauptmannes zu stoßen, um – so glaubte man zumindest – seine politische Karriere damit insgesamt zu beenden. Erste Anzeichen für diese Strategie gab es bereits im Herbst 1990 in Kärnten selbst, wo hinter dem Rücken des freiheitlichen Koalitionspartners die ÖVP mit den Sozialisten über eine Änderung der Referatsaufteilung in der Landesregierung verhandelte. Am 13. Juni 1991 war es dann soweit: Während einer kritischen Betrachtung von Landeshauptmann Jörg Haider im Kärntner Landtag zu den Zumutbarkeitsbestimmungen im Arbeitslosenversicherungsgesetz provozierte der sozialistische Klubobmann den FPÖ-Obmann mit der unglaublichen Unterstellung „das sind Methoden wie im Dritten Reich“. Im folgenden Wortwechsel zwischen Regierungsbank und Abgeordneten fiel die vielzitierte Aussage des Landeshauptmannes. Der sozialistische Klubobmann erklärte, Originalzitat: „Was Sie fordern hat es schon gegeben, aber im Dritten Reich.“ Darauf Jörg Haider: „Das hat es im Dritten Reich nicht gegeben, weil im Dritten Reich haben sie ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht, was nicht einmal Ihre Regierung in Wien zusammenbringt, das muß man auch einmal sagen.“ Obwohl der freiheitliche Landeshauptmann unmittelbar darauf diese Äußerung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknahm und die Kärntner Volkspartei als Koalitionspartner der Freiheitlichen am darauffolgenden Tag erklärte, daß für sie die Angelegenheit erledigt sei, hatten die Parteistrategen in Wien die Möglichkeit erkannt, dem freiheitlichen Experiment in Kärnten ein Ende zu bereiten. Bereits am 15. Juni bot die SPÖ der Volkspartei als schwächster Partei im Kärntner Landtag den Landeshauptmann ohne Bedingungen an.

Innerhalb der Kärntner Bevölkerung sorgte die darauffolgende Abwahl Jörg Haiders für große Unruhe. Seitdem sind die Sympathiewerte der Kärntner FPÖ allerdings im südlichsten Bundesland ständig im Steigen begriffen. Die Mehrzahl der österreichischen Medien – angefangen vom Monopol Rundfunk bis hin zu den Zeitgeistmagazinen – prophezeiten nun das politische Ende Jörg Haiders. Nun sei sein politischer Aufstieg zu Ende, er sei gescheitert und wohl auch seine Parteifreunde würden sich nun von ihm lossagen. Das all dies Wunschenken war, sollte sich wenige Wochen später im Herbst 1991 zeigen.

Die burgenländischen Landtagswahlen im Juni 1991 – unmittelbar nach der Abwahl Jörg Haiders als Kärntner Landeshauptmann – brachten für die Freiheitlichen zwar einen weiteren – eher bescheidenen – Erfolg, der Knalleffekt kam dann allerdings im September 1991 in der Steiermark: Mit 9 Mandaten und nahezu 16 Prozent der Stimmen vermochte Jörg Haider die Anzahl der Sitze im Grazer Landtag zu vervierfachen. Der steirische FPÖ-Obmann Michael Schmidt konnte nach einem – mit Hilfe des Bundesparteiobmannes – überaus dynamisch geführten Wahlkampf in die Landesregierung einziehen wo es ihm bald gelang einen ebenso eigenwilligen wie eigenständigen Weg zwischen den beiden Altparteien zu entwickeln. Dieses steirische Wahlergebnis zeigte den Meinungsmachern im Lande deutlich, daß Jörg Haider in den Augen

Haiders Abwahl als Kärntner Landeshauptmann

Triumphe bei den Regionalwahlen im Herbst 1992

der österreichischen Bevölkerung durch seine unfaire Abwahl als Kärntner Landeshauptmann nicht nur zum politischen Märtyrer sondern vielmehr zum Hoffnungsträger für breitere Wählerschichten geworden war. Der zweite Streich erfolgte dann wenige Wochen später Anfang Oktober 1991 in Oberösterreich. Hier vermochten die Freiheitlichen mit 11 Mandaten und nahezu 18 Prozent der Stimmen ein noch besseres Ergebnis einzufahren und der neue Mann und künftige Landesrat Hans Achatz kann seitdem im Land ob der Enns verstärkt freiheitliche Akzente setzen.

Einen wahren Paukenschlag allerdings zeitigte dann die vorverlegte Wiener Landtagswahl am 11. November 1991. Mit nahezu 23 Prozent der Wählerstimmen und 23 Mandaten vermochten die Freiheitlichen erstmals ganz massiv in die sozialistischen Hochburgen einzubrechen. Der vom Nationalrat in den Landtag gewechselte Fraktionsführer Rainer Pawkowicz konnte mit seiner neugestärkten Landtagsmannschaft sehr rasch zeigen, daß die Freiheitlichen nicht nur im eher ländlichstrukturierten Kärnten sondern auch in der Weltstadt Wien als zweitstärkste politische Kraft bestimmend zu agieren vermögen. Alle drei Landtagswahlen bei denen immerhin ein Großteil der Österreicher zur Urne schritten, zeigt denn aber, daß Österreichs Freiheitliche mit ihrem Parteiobermann Jörg Haider über einen Volkstribunen von ungebrochener Ausstrahlung verfügen.

Auch im Bereich der politischen Basis auf Kommunalebene und Personalvertretungsebene vermochten die Freiheitlichen verstärkt Erfolge zu erzielen. Gerade dort wo Ortskaiser schwer zu verdrängen sind und routinierte Personalvertreter ihr persönliches Gewicht in die Waagschale werfen können, gelang den FPÖ-Kandidaten nach und nach zu punkten. Bei den Gemeinderatswahlen in Kärnten im Frühjahr 1991 gelang es immerhin fast 22 Prozent der Mandate zu erreichen. Auch die Tiroler Gemeinderatswahlen des Frühjahres 1992 zeitigten ein Anwachsen der Gemeinderatsmandate auf immerhin 126 wie wohl der Verlust des traditionellen FPÖ-Bürgermeistersessels in Kufstein sehr schmerzhaft empfunden wurde. Insgesamt aber zeitigten sowohl die jüngsten Kommunalwahlen als auch die Personalvertretungswahlen eine organisatorische Verbreiterung der freiheitlichen Strukturen quer durch die Republik.

**Stärkung
der Basis**

Nachdem sich die mit heuchlerischem Vorwand begründete Abwahl Jörg Haiders als Kärntner Landeshauptmann als schwerer politischer Fehler erwiesen hatte und die freiheitliche Mittelpartei offenbar dabei war ganz massiv in die Stammwählerschichten der beiden alten Parteien einzubrechen und damit zum realen machtpolitischen Herausforderer geworden war, entschlossen sich die Parteistrategen und ihre medialen Helfershelfer um den Jahreswechsel 1991/92 dazu eine offensive Vernichtungsstrategie gegenüber der FPÖ Jörg Haiders zu entwickeln. Als unmittelbaren Anlaß nutzte man die ins Haus stehende Novellierung des NS-Verbotsgesetzes. Die medial hochgeputschte Debatte um neonazistische Kleingruppierungen und rechtsextreme Sekten wurde genützt um die FPÖ und eine Anzahl ihrer Exponenten zu diffamieren.

**Neue
Anti-FPÖ-
Kampagne**

Die mediale Heuchelei um Jörg Haiders Ausspruch von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ wurde fortgesetzt durch eine mehr oder weniger künstliche Debatte um die Aussage des neuen Vorsitzenden der Freiheitlichen Parteiakademie Bundesrat Andreas Mölzer über die „drohende Umvolkung“ des deutschen Mitteleuropas. Der aus der Humanethologie entlehnte Begriff wurde als „NS-Diktion“ gebrandmarkt, die daran hochgezogene Debatte sollte als Spaltkeil in die Reihen der Freiheitlichen getrieben werden. Die kurzzeitig eskalierende Auseinandersetzung bekam Parteiobermann Jörg Haider allerdings sehr rasch in den Griff, indem er seinen attackierten Grundsatzreferenten Mölzer voll deckte und selbst die Führung des Nationalratsklubs im Parlament übernahm. In einer politisch derart entscheidenden Auseinandersetzung - so Jörg Haider - müsse der Parteiobermann in Wien unmittelbar „an der Front“ agieren. Die Ablösung des bisherigen erfolgreichen Klubobmanns Norbert Gugerbauer versuchten die Medien zwar zum internen Streit hochzustilisieren um den gleichzeitig

stattfindenden Präsidentschaftswahlkampf zu Lasten der freiheitlichen Kandidatin Heide Schmidt zu beeinflussen. Insgesamt aber ging dieser erste massive Schuß der Anti-FPÖ-Strategen nach hinten los.



Die neuerliche Angelobung als FPÖ-Klubobmann im Nationalrat im März 1992

Jörg Haider und die Freiheitlichen hatten sich erneut als prinzipientreuer und widerstandsfähiger erwiesen, als ihre Gegner dachten. Breite Teile der Bevölkerung, die ursprünglich mit dem nationalliberalen Lager oder der FPÖ kaum etwas im Sinne hatten, wurden durch diese schweren Angriffe nach und nach für die freiheitliche Erneuerungspolitik solidarisiert. Die erfolgreiche Wahlbewegung der freiheitlichen Präsidentschaftskandidatin Heide Schmidt, die beim Wahlgang am 26. April 1992 16,4 Prozent der Wählerstimmen erreichen konnte, beweisen dies.



Mit den Generalsekretären Ing. Walter Meischberger, Dr. Karl Schnell und BGF Gernot Rumpold verfügt Jörg Haider über eine schlagkräftige Parteispitze

Auf Jörg Haider folgte als Landeshauptmann-Stellvertreter in Kärnten der vormalige Generalsekretär Mathias Reichhold. Reichhold hatte bereits im Herbst 1991 nach einem überaus dynamischen Wahlkampf bei den Landwirtschaftskammerwahlen den Sessel des Vizepräsidenten für die Freiheitlichen erobern können. Ihm selbst folgte als Generalsekretär der Mediziner Karl Schnell aus Salzburg nach, der nunmehr mit Walter Meischberger die harte Arbeit der Tagespolitik zu bewältigen hat.

Nicht nur von den Mitgliedern der Freiheitlichen Parteispitze um Jörg Haider, sondern auch von den meisten politischen Kommentatoren wird der Zeitraum nach den Regionalwahlen des Herbstes 1991 hin bis zu den nächsten Nationalratswahlen als eine Schlüsselpphase der österreichischen Innenpolitik betrachtet. Nun muß sich zeigen ob die freiheitliche Erneuerungsbewegung unter Jörg Haider tatsächlich in der Lage ist, eine überzeugende politische Alternative zur rot-schwarzen Proporzkoalition zu entwickeln. Die „Wiener Erklärung“, die Parteiobmann Jörg Haider am 7. April 1992 „zur Situation von Staat und Gesellschaft am Vorabend der Beitrittsentscheidung über ein gemeinsames Europa“ abgab, machte deutlich, daß die FPÖ dabei ist, schlechthin zur politischen Zukunftshoffnung für Österreich zu werden. „Österreich ist im Begriff sich nachhaltig zu verändern, wir Freiheitlichen leisten dazu unseren Beitrag ...“ erklärte Jörg Haider. Wie wichtig dieser freiheitliche Beitrag für die Zukunft Österreichs sein wird, muß die Zukunft weisen.

**Bewährungsprobe
für die
Freiheitlichen**

WIENER ERKLÄRUNG

zur Situation

von Staat

und Gesellschaft

am Vorabend

der Beitrittsentscheidung

über ein

gemeinsames

Europa.



Die „Wiener Erklärung“, die Parteiboss Jörg Haider am 7. April 1992 „zur Situation von Staat und Gesellschaft am Vorabend der Beitrittsentscheidung über ein gemeinsames Europa“ abgab, machte deutlich, daß die FPÖ dabei ist, schlechthin zur politischen Zukunftshoffnung für Österreich zu werden.